

Grundinformationen zu Bildung in Deutschland



Menschen lernen und bilden sich in allen Lebensphasen: von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über die allgemeinbildende Schule, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Das folgende Kapitel trägt dieser Tatsache Rechnung und bereitet 5 bildungsbereichsübergreifende Indikatoren auf, die einen Überblick über das Bildungssystem als Ganzes geben, Strukturunterschiede zwischen den Bildungsbereichen aufzeigen und den Bildungsstand der Bevölkerung analysieren. Durch die Einordnung in den internationalen Kontext geben die Indikatoren zudem Hinweise auf die Stellung des Bildungsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich.

Die indikatorengestützten Analysen zu den Themenbereichen Bildungseinrichtungen, Bildungspersonal, Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und Bildungsstand werden mit aktuellen Daten sowie neuen Akzentuierungen und Ergänzungen fortgeführt.

Soziodemografische Unterschiede bei Bildungsbeteiligung und Bildungsstand, insbesondere nach Migrationshintergrund und Geschlecht, werden erläutert. Vor allem das Thema Migration steht zum einen wegen der Auswirkungen der fluchtbedingten Wanderung in den Jahren 2015 und 2016 und zum anderen wegen der EU-Binnenwanderung von Arbeitskräften und der Attraktivität von Hochschulen für Studierende aus dem Ausland unverändert im Zentrum des öffentlichen Interesses.

Die Corona-Pandemie hat seit März 2020 einen erheblichen Einfluss auf das Bildungswesen in Deutschland. Der Verzicht auf Präsenzunterricht von Einrichtungen in allen Bildungsbereichen und damit verbunden der kurzfristige Umstieg auf digitale Lernangebote sowie die Umsetzung von Hygienekonzepten hatten dabei auch signifikante Auswirkungen auf die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.

Der Bildungszugang junger Erwachsener und das Zusammenspiel von Bildung und Erwerbstätigkeit nehmen in Deutschland eine besondere Rolle ein. So sind junge Erwachsene in Deutschland im internationalen Vergleich selten weder in einen Bildungsgang eingebunden noch erwerbstätig. Erwerbstätigkeit ist in Deutschland häufig mit Bildungsbeteiligung verbunden, stellt aber auch eine Alternative dazu dar – etwa wenn junge Menschen sich dafür entscheiden, auf den Erwerb eines qualifizierten Abschlusses zu verzichten und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, um Einkommen zu erzielen.

Um der regionalen Heterogenität innerhalb der Länder gerecht zu werden, wird mit der Kreistypisierung eine alternative Darstellungsform gewählt. So lassen sich Kreise und kreisfreie Städte zusammenführen, deren Rahmenbedingungen für Bildung in Bezug auf Demografie, soziale Lage, Wirtschaftsstruktur sowie Siedlungsstruktur und räumliche Lage ähnlich sind. Eine Betrachtung des Bildungsangebots und des Bildungsstands der Bevölkerung nach Kreistypen zeigt klare regionale Unterschiede auf.

Die Fortschreibung der 5 bewährten Indikatoren seit dem Bildungsbericht 2012 ermöglicht über die Zeit eine bereichsübergreifende Bilanzierung zentraler Themenbereiche institutionalisierter Bildung: Ort der Anregung und Durchführung von Bildungsprozessen sind die vorhandenen Bildungseinrichtungen (**B1**). Ihre Kapazitäten sowie die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Bildungsprozesse werden stark von ihrer Ausstattung mit Personal (**B2**) und Finanzressourcen (**B3**) bestimmt. Anschließend wird im Indikator Bildungsbeteiligung (**B4**) die derzeitige Inanspruchnahme der Bildungsangebote analysiert. Im abschließenden Indikator Bildungsstand (**B5**) gilt es, die Ergebnisse der in der Vergangenheit realisierten Bildungsprozesse sowie die intergenerationale Entwicklung des Bildungsstands darzustellen.

Bildungseinrichtungen

Bildungseinrichtungen^M sind eine grundlegende Voraussetzung für die Beteiligung an und den erfolgreichen Verlauf von Bildungsprozessen. Dieser Indikator stellt die Bildungsinfrastruktur, in der sich institutionalisierte Lehr-Lern-Prozesse abspielen, auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen dar, da vor allem bei Kindertageseinrichtungen und Schulen die Erreichbarkeit auch in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung weiterhin eine große Rolle spielt. Dabei wird das Augenmerk besonders auf Veränderungen der Struktur des Bildungsangebots sowie auf die (flächendeckende) Bereitstellung von Bildungsangeboten durch Bildungsanbieter in öffentlicher und freier Trägerschaft^G gelegt. Aufgrund der besonderen Datenlage und der Heterogenität der Anbieter wird die Situation in der Weiterbildung in einem eigenen Kapitel (vgl. **G1**) beleuchtet.

Institutionalisierte Bildungsangebote in Deutschland

Im Jahr 2020 besuchten in Deutschland – ohne die Weiterbildung – rund 17,5 Millionen Bildungsteilnehmer:innen etwa 99.800 Bildungseinrichtungen (**B4**). Damit erhöhte sich die Zahl der Bildungseinrichtungen um rund 4.000 oder 4 % im Vergleich zu 2010. Auch die Zahl der Bildungsteilnehmer:innen stieg in diesem Zeitraum an, insbesondere in Kindertageseinrichtungen (+21 %) und an Hochschulen¹ (+33 %). Im Bereich der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gingen die Schüler:innenzahlen seit 2010 jedoch stark zurück (–5 % und –12 %, **Tab. B1-1web, Tab. B1-2web**).

Weiter steigende Anzahl der Kindertageseinrichtungen

Die Anzahl der Kindertageseinrichtungen (einschließlich der Einrichtungen für Schulkinder) stieg in den letzten 10 Jahren um 14 % auf 58.500 (**Tab. B1-2web, vgl. C2**). Diese Entwicklung hängt mit einem gesteigerten institutionellen Betreuungsbedarf (vgl. **C3**) sowie mit der zunehmenden Bedeutung Früher Bildung^G zusammen. Zudem forciert auch der seit 2013 bestehende Rechtsanspruch auf einen Kindertagesbetreuungsplatz^G ab dem vollendeten 1. Lebensjahr den verstärkten Ausbau von Kindertageseinrichtungen mit Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige. Insbesondere die westdeutschen Bundesländer, die vor 20 Jahren mit einem sehr geringen Platzangebot starteten, trieben diesen Ausbau voran (**Tab. B1-2web, vgl. C2**).

Rückgang der allgemeinbildenden Schulen da sinkende Schüler:innenzahlen und ...

Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen hingegen ist seit 2010 die Anzahl der Einrichtungen um rund 2.600 zurückgegangen (–7 %). Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs, der bis 2011 anhielt (vgl. **A1**), spiegeln sich hier wider. Schulstandorte wurden geschlossen oder zusammengelegt. Die Zunahme der Geburten zwischen 2011 und 2016 und das anhaltend hohe Niveau bis 2018 führten dazu, dass die Schüler:innenzahl an Grundschulen zwischen 2016 und 2020 jährlich anstieg, während die Anzahl der Grundschulen bis 2018 weiterhin zurückging. In der Folge ist ein Anwachsen der durchschnittlichen Grundschulgröße – besonders in Ostdeutschland – zu beobachten (**Tab. B1-3web, vgl. D1**). Erst seit 2019 steigt die Zahl der Grundschulen wieder. Mit gut 15.400 Grundschulen im Jahr 2020 waren es jedoch immer noch gut 5 % weniger als 10 Jahre zuvor (16.300, **Tab. B1-2web**).

... Umgestaltung der Schulstruktur hin zu Schulen mit mehreren Bildungsgängen

Der Rückgang der Zahl der Schulen betrifft im Zuge einer Umgestaltung der Schulstruktur (vgl. **D1**) in vielen Ländern insbesondere die Haupt- und Realschulen mit einer Abnahme von 53 bzw. 32 % aller Einrichtungen im vergangenen Jahrzehnt. Zugleich stieg die Anzahl der Schulen mit mehreren Bildungsgängen von einem


¹ Wenn von Hochschulen sowie deren Standorten gesprochen wird, so sind in diesem Kapitel stets ebenfalls Berufsakademien sowie deren Standorte gemeint. Im Wintersemester 2020/21 entfielen auf die Berufsakademien 5 % der Standorte und 0,4 % der Studierenden im Bereich der Hochschulen und Berufsakademien.

niedrigen Ausgangsniveau bundesweit um 60 %. Die Zahl der Gymnasien blieb weitgehend konstant (Tab. B1-2web). Die Zahl der beruflichen Schulen ging seit 2010 um rund 530 zurück (-6 %).

Im Bereich der Hochschulen ist zu beobachten, dass sich zwischen 2010 und 2020 die Zahl der Einrichtungen um 4 % auf 445 und die Zahl der Standorte um 20 % auf 690 erhöhten (Tab. B1-2web). Die wachsenden Studierendenzahlen werden nicht nur durch die Errichtung neuer Hochschulstandorte, sondern auch durch eine höhere Anzahl an Studierenden an einzelnen Standorten aufgefangen (Tab. B1-3web).

Hochschulbereich wird weiter ausgebaut

Bildungseinrichtungen nach Trägerschaft

Das Bildungsangebot in Deutschland wird nach wie vor überwiegend von Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft  bereitgestellt (55 %). Der Anteil der Einrichtungen in freier Trägerschaft nahm seit 2010 um 3 Prozentpunkte auf 45 % zu (Tab. B1-4web, Tab. B1-5web). Zwischen den einzelnen Bildungsbereichen bestehen jedoch große Unterschiede hinsichtlich des Verhältnisses von Bildungseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft.

Der Anteil von Einrichtungen in freier Trägerschaft ist im Bereich der Kindertagesbetreuung am größten. Hier haben die Einrichtungen in freier Trägerschaft einen Anteil von 67 %. Der Großteil der freien Träger von Kindertageseinrichtungen arbeitet gemeinnützig (96 %). Mit 68 % ist der Anteil von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland (64 %, vgl. C2).

Im Kita-Bereich überwiegt die freie Trägerschaft

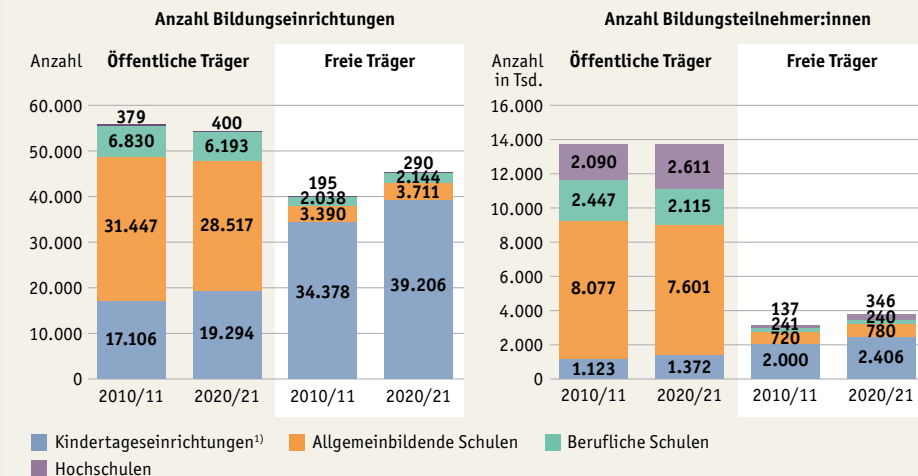
Der oben aufgezeigte Rückgang der Zahl der Einrichtungen im schulischen Bereich ist in erster Linie durch den Abbau öffentlicher Einrichtungen bedingt (Abb. B1-1). Zwischen 2010 und 2020 verringerte sich die Anzahl der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen um 9 %, dabei wurden knapp 1.000 öffentliche Grundschulen geschlossen oder zusammengelegt (Tab. B1-5web). Die Anzahl der öffentlichen beruflichen Schulen sank ebenfalls um 9 %.

Gesamtangebot der öffentlichen Schulen sinkt, ...





Im Gegensatz dazu stieg die Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft. Seit 2010 wuchs die Zahl der allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft um 9 % auf 3.700. Allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft sind vor allem Grundschu-

... während es an Schulen in freier Trägerschaft steigt

Abb. B1-1: Entwicklung der Anzahl der Bildungseinrichtungen und der Anzahl der Bildungsteilnehmenden nach Bildungsbereichen und Art der Trägerschaft 2010/11 und 2020/21



1) Kindertageseinrichtungen inklusive Einrichtungen für Schulkinder.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik , Schulstatistik , Hochschulstatistik , Berufsakademie-statistik  → Tab. B1-4web, Tab. B1-5web, Tab. B1-6web, Tab. B1-7web

len (25 %), Förderschulen (18 %) und Gymnasien (15 %, **Tab. B1-10web**). Die Zahl der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft stieg um 5 % auf 2.100 an (**Tab. B1-4web**). Hier sind Berufsfachschulen (45 %) und Fachschulen (25 %) die meistvertretenen Schularten.

Mit dem wachsenden Angebot an Einrichtungen in freier Trägerschaft ist auch der Anteil der Schüler:innen an privaten allgemeinbildenden Schulen seit 2010 gestiegen. In den westdeutschen Ländern erhöhte er sich von 8,2 auf 9 % im Jahr 2020, in den ostdeutschen Ländern von 8 auf 11 % (**Tab. B1-6web**). Die privaten Schulen sind dabei über alle Schularten hinweg durchschnittlich kleiner als die öffentlichen Einrichtungen (**Tab. B1-8web, Tab. B1-9web, Tab. B1-10web**).

Im Bereich der Hochschulen zeigt sich ein stärkeres Wachstum bei den Einrichtungen in freier Trägerschaft. Während zwischen 2010 und 2020 21 Hochschulstandorte in öffentlicher Trägerschaft entstanden (+6 %), wurden 95 private Standorte errichtet (+49 %). Insgesamt machen Hochschulstandorte in freier Trägerschaft inzwischen einen Anteil von 42 % an allen Standorten aus (**Tab. B1-4web, Tab. B1-5web**). Dabei hat sich in den letzten Jahren insbesondere die Zahl der Fachhochschulen in freier Trägerschaft mit einem recht umfangreichen Angebot an Fernstudiengängen erhöht (+59 %, vgl. **F1**). Fachhochschulstandorte in freier Trägerschaft sind jedoch genau wie die privaten Schulen mit 1.400 Studierenden im Mittel deutlich kleiner als öffentliche (4.300, **Tab. B1-8web, Tab. B1-9web, vgl. F1**).

Regionale Unterschiede im Bildungsangebot

Um einerseits der regionalen Heterogenität innerhalb der Länder gerecht zu werden und andererseits eine überschaubare Anzahl von Kategorien zu beschreiben, werden in einer Kreistypisierung ^M Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen für Bildung in Bezug auf Demografie, soziale Lage, Wirtschaftsstruktur sowie Siedlungsstruktur und räumliche Lage ähnlich sind (Saks & Giar, 2022). Auf diese Weise lassen sich 6 Kreistypen ^M unterscheiden (**Abb. B1-3web**).

Die Betrachtung der verschiedenen Kreistypen verdeutlicht, dass der bereits gezeigte Rückgang der öffentlichen Schulen und der Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Hochschulen deutliche regionale Variationen aufweisen. Unterschiede werden dabei insbesondere entlang der Achsen städtisch-ländlich und strukturstärker-strukturschwächer deutlich (**Abb. B1-2**).

Die Zunahme der Teilnehmer:innenzahlen zeigt, dass bundesweit der Bedarf und die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen gestiegen sind. Das entsprechende Angebot wurde in allen Kreiskategorien zwischen 2010 und 2020 ausgebaut (**Abb. B1-2**). Lediglich in den überwiegend ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten (Kreistyp 3) war die Zunahme vergleichsweise niedrig, was mit dem bereits hohen Ausbaustand in den ostdeutschen Ländern zusammenhängt (**Tab. B1-11web, Tab. B1-14web**).

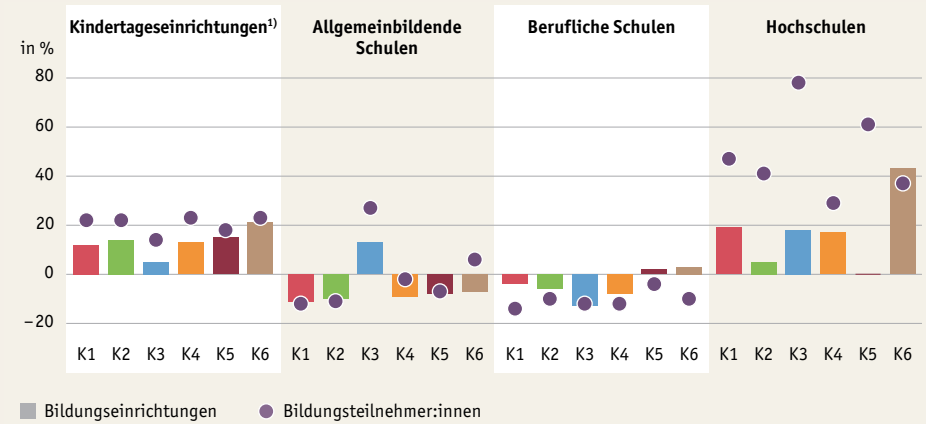
Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen kam es zwischen 2010 und 2020 in fast allen Kreistypen (**Abb. B1-2, Abb. B1-3web**) zu Schließungen oder Zusammenlegungen von Einrichtungen (**Tab. B1-12web**). Lediglich in strukturschwächeren, vorwiegend in Ostdeutschland gelegenen Landkreisen und kreisfreien Städten (Kreistyp 3) wurde das Angebot an allgemeinbildenden Schulen ausgebaut. Dabei überstieg die Errichtung neuer Grundschulen (+11 %), Gymnasien (+24 %) und Schulen mit mehreren Bildungsgängen (+36 %) die Schließung oder Zusammenlegung von Einrichtungen anderer Schularten (**Tab. B1-11web**). In westdeutschen Großstädten und Berlin (Kreistyp 6) wurden trotz eines Anstiegs der Schüler:innenzahlen um 6 % in den letzten 10 Jahren allgemeinbildende Schulen geschlossen oder zusammengelegt. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Größe der Einrichtungen um 15 % (**Tab. B1-13web**).

Starkes Wachstum der privaten Hochschulen

Bundesweiter Ausbau von Kindertageseinrichtungen

In strukturschwächeren Kreisen – überwiegend in Ostdeutschland – mehr allgemeinbildende Schulen ...

Abb. B1-2: Veränderung der Zahl der Bildungseinrichtungen und der Bildungsteilnehmer:innen zwischen 2010/11 und 2020/21 nach ausgewählten Bildungsbereichen und Kreistypen* (in %)



* Bei der Typisierung der Kreise werden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen ähnlich sind. Beschreibung der Kreistypen siehe methodische Erläuterungen.

1) Kindertageseinrichtungen inklusive Einrichtungen für Schulkinder.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik, Berufsakademiestatistik, Bevölkerungsstatistik

→ Tab. B1-11web, Tab. B1-12web

Bei den beruflichen Schulen stieg in den überwiegend westdeutschen kreisfreien Städten und großstadtnahen Landkreisen (Kreistyp 5) sowie in den westdeutschen Großstädten und Berlin (Kreistyp 6) die Anzahl der Einrichtungen zwischen 2010 und 2020 um 2 bzw. 3 %, während sie in den übrigen Kreistypen sank. Insbesondere in den strukturschwächeren, überwiegend ostdeutschen Kreisen (Kreistyp 3), wo der Rückgang 13 % betrug, stellt dies die Betriebe vor das Problem, dass ihre Auszubildenden immer schwerer ein Berufsschulangebot in der Region finden. Weite Entfernungen zwischen Betrieben und Berufsschulen machen zudem die Kooperation der Lernorte zu einer herausfordernden Aufgabe. Dies birgt die Gefahr des Rückzugs der Betriebe aus der Ausbildung in sich. In der Mehrzahl der Kreistypen wurden seit 2010 neue Hochschulstandorte eröffnet. Dabei hat die Konzentration auf die Großstädte und Berlin weiter zugenommen, da sich dort die Zahl der Hochschulstandorte mit einer Zunahme von 43 % wesentlich stärker als im Bundesdurchschnitt (20 %) erhöhte.

... und weniger berufliche Schulen



Methodische Erläuterungen

Bildungseinrichtungen

Betrachtet werden Bildungseinrichtungen des formalen Bildungssystems: Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen und Berufsakademien. Zu den Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft zählen Einrichtungen kirchlicher, freier gemeinnütziger und gewerblicher Träger. Die Einrichtungen werden nach bereichsspezifischen Kriterien abgegrenzt. Dabei gelten insbesondere im Schulbereich teilweise länderspezifische Regelungen zur Schulorganisation (z. B. Organisationseinheit, Niederlassungen, Grad der Zusammenfassung von mehreren Schularten in einer Schule bis hin zur Verwaltungseinheit). Hochschulen mit mehreren Hochschulstandorten werden mehrfach gezählt. Nicht betrachtet werden Weiterbildungseinrichtungen und informelle Lernorte sowie Einrichtungen der Aufstiegsfortbildung, für die keine Daten vorliegen. Ausbildungen im betrieblichen Bereich werden nicht berücksichtigt.

Kreistypisierung

In einer Kreistypisierung wurden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen für Bildung in Bezug auf Demografie, soziale Lage, Wirtschaftsstruktur sowie Siedlungsstruktur und räumliche Lage ähnlich sind (Saks & Giar, 2022). Ausgewählt wurden Rahmenbedingungen, für die sich nach theoretisch begründeten Erwartungen gezeigt hat, dass sie mit Bildungsvariablen zusammenhängen. Als Bildungsvariablen wurden die Betreuungsquote für unter 3-Jährige, der Anteil der Schulabgänger:innen ohne Ersten Schulabschluss, der Anteil der Absolvent:innen mit Allgemeiner Hochschulreife an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, die Auflösungsquote von Ausbildungsverträgen, der Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss sowie Unterrichtsstunden an Volkshochschulen je Einwohner:in herangezogen. Ziel ist es, an dieser Stelle mit der Kreistypisierung eine verdichtete Beschreibung der Kreise in Bezug auf Bildungsvariablen wie die Bildungsbeteiligung (B4) und den Bildungsstand (B5) zu ermöglichen, sodass möglichst große Differenzen zwischen den Kreistypen und möglichst geringe Unterschiede innerhalb der Kreistypen auftreten. Die Anzahl der Kreistypen wurde entsprechend dem Elbow-Kriterium festgelegt: Bei einer weiteren Zusammenfassung von 6 auf 5 Kreistypen wären die Unterschiede innerhalb der Kreistypen sprunghaft angestiegen.

Als strukturstärker werden Kreistypen beschrieben, deren Rahmenbedingungen von größeren finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und der Bevölkerung geprägt sind (z. B. eine höhere Gewerbesteuer, ein höheres BIP, höhere Einkommen je Einwohner:in oder niedrigere Arbeitslosenquoten) oder in denen die Übergänge von beruflicher Ausbildung oder Hochschulbildung bei niedrigerer Arbeitslosigkeit und Stagnation bis Zuwachs des Dienstleistungssektors stattfinden. Als strukturschwächer werden Kreistypen bezeichnet, die umgekehrt engere finanzielle Handlungsmöglichkeiten aufweisen (z. B. eine niedrigere Gewerbesteuer, niedrigeres BIP, niedrigeres Einkommen je Einwohner:in oder höhere Arbeitslosenquoten) oder in denen die Übergänge von Absolvent:innen von

beruflicher oder Hochschulbildung ins Berufsleben vor dem Hintergrund eines stärkeren Rückgangs des industriellen Sektors oder des Dienstleistungssektors und höherer Arbeitslosigkeit erfolgen (Saks & Giar, 2022; Gawronski et al., 2017). Innerhalb der Kreise und kreisfreien Städte können zwar noch Unterschiede zwischen Gemeinden bestehen, allerdings ist mit der regionalen Ebene der Kreise auch eine politische Handlungsebene angesprochen.

6 Kreistypen

Kreistyp 1 besteht aus überwiegend dünn besiedelten Landkreisen, die eher strukturschwächer sind. Er ist durch einen sehr geringen Anteil an Beschäftigten geprägt, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach der Klassifikation der Berufe ausüben (90 Kreise, also 22 %, sowie 15 % der Bevölkerung).

Kreistyp 2 enthält strukturstärkere Landkreise mit jüngerer Bevölkerung (hoher Anteil der unter 18-Jährigen) in weit überwiegend westlichen Flächenländern. Diese Landkreise sind eher dünn besiedelt. Der Anteil an Beschäftigten, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach der Klassifikation der Berufe ausüben, ist eher gering (118 Kreise, also 29 %, sowie 30 % der Bevölkerung).

In Kreistyp 3 sind überwiegend ostdeutsche kreisfreie Städte und Landkreise enthalten, die strukturschwächer und dünn besiedelt sind sowie einen sehr niedrigen Anteil jüngerer Bevölkerung (unter 18 Jahren) aufweisen. Der Anteil an Beschäftigten, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach der Klassifikation der Berufe ausüben, ist hier niedrig (69 Kreise, also 17 %, sowie 12 % der Bevölkerung).

Kreistyp 4 umfasst strukturschwächere und dicht besiedelte kreisfreie Städte. Der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung ist eher niedrig. Der Anteil an Beschäftigten, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach der Klassifikation der Berufe ausüben, ist hoch (76 Kreise, also 19 %, sowie 19 % der Bevölkerung).

Kreistyp 5 setzt sich aus strukturstarken kreisfreien Städten und großstadtnahen Landkreisen mit jüngerer Bevölkerung in Westdeutschland zusammen. Die Kreise weisen einen hohen Anteil an Beschäftigten auf, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach der Klassifikation der Berufe ausüben (24 Kreise, also 6 %, sowie 7 % der Bevölkerung).

Kreistyp 6 besteht schließlich aus westdeutschen Großstädten und Berlin, die sehr dicht besiedelt und strukturstark sind sowie einen hohen Anteil an Beschäftigten aufweisen, die Tätigkeiten mit hohem Anforderungsniveau nach der Klassifikation der Berufe ausüben. Diese Kreise verzeichnen die höchste Geburtenziffer und Bildungszuwanderung (24 Kreise, also 6 %, sowie 17 % der Bevölkerung).

Innerhalb eines Kreistyps können Unterschiede zwischen Kreisen und innerhalb eines Kreises Unterschiede zwischen Gemeinden bestehen. Ziel der Kreistypisierung ist eine verdichtete Beschreibung.

Bildungspersonal

Zuletzt im Bildungsbericht 2020 als B2

B
2

Das Bildungspersonal^M nimmt eine Schlüsselrolle bei der erfolgreichen Gestaltung von Bildungsprozessen ein. Anhand der Bildungspersonalrechnung^M werden Auswertungen von Daten zum Bildungspersonal in öffentlichen und privaten Einrichtungen der Frühen Bildung^G, an Schulen und Hochschulen vorgenommen und die Personalstruktur wird mit der aller Erwerbstätigen^G verglichen. Zur Weiterbildung liegen leider keine vergleichbaren Daten vor, Analysen zur Personalstruktur finden sich allerdings im Schwerpunktkapitel (vgl. H1). Anschließend wird die Personalstruktur im europäischen Vergleich eingeordnet. Bildung findet jedoch nicht nur innerhalb der genannten Bildungsbereiche statt. Daher enthält dieser Indikator auch Auswertungen zur Beschäftigtenstruktur in pädagogischen Berufen innerhalb und außerhalb des Bildungswesens^M. Weitere Facetten des Themas Bildungspersonal insbesondere in Bezug auf Struktur, Entwicklung, Qualität und Professionalisierung beleuchtet das aktuelle Schwerpunktkapitel H.

Personal der Bildungseinrichtungen im Überblick

Im Jahr 2020 sind nach den international vergleichbaren Abgrenzungen der Bildungspersonalrechnung 2,6 Millionen Menschen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (759.500), an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (1.109.500) sowie an Hochschulen (710.000) beschäftigt (Tab. B2-1web). Damit sind 6 % aller Erwerbstätigen in den genannten Bildungseinrichtungen tätig, die damit auch für den Arbeitsmarkt eine relevante Größe darstellen. Dieses Personal ist zu 78 % mit pädagogischen und wissenschaftlichen Aufgaben betraut und zu 22 % in sonstigen Bereichen tätig, wobei die Anteile je nach Bildungsbereich stark differieren.

6 % der Erwerbstätigen arbeiten in Bildungseinrichtungen

Die Zahl der im Bildungswesen Beschäftigten hat zwischen 2010 und 2020 kontinuierlich zugenommen (Tab. B2-2web). Dieser Zuwachs ist in erster Linie auf die Frühe Bildung und die Hochschulen zurückzuführen, in denen auch die Zahl der Bildungsteilnehmer:innen deutlich gestiegen ist. Den größten prozentualen Zuwachs des Bildungspersonals haben Kindertageseinrichtungen und -tagespflege mit 47 % sowie die Hochschulen mit 28 % zu verzeichnen. Der Zuwachs des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals spiegelt die Expansion der Hochschulen (vgl. F3) und den Ausbau der Frühen Bildung sowie deren höhere Inanspruchnahme wider (vgl. C2/C3). In den vergangenen 10 Jahren ist in den Hochschulen der Zuwachs des in Zeitverträgen beschäftigten Drittmittelpersonals mit 35 % überproportional stark ausgefallen. Mit 2 % ist der prozentuale Zuwachs des Bildungspersonals im Schulbereich zwischen 2010 und 2020 eher gering. Dies ist auf die zeitweise rückläufigen Schüler:innenzahlen zurückzuführen (vgl. D1).

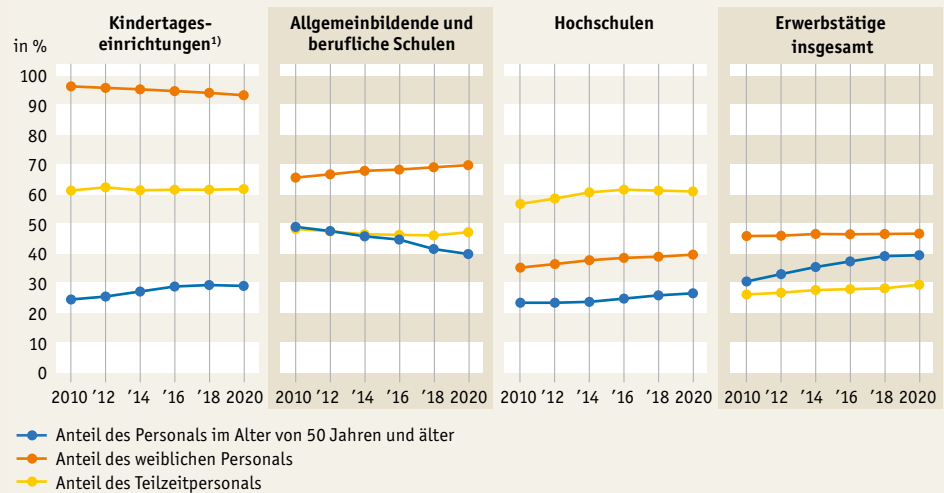
Weiterhin steigende Beschäftigtenzahl im Bildungsbereich

Struktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals

Im Jahr 2020 ist der Anteil der ab 50-Jährigen am pädagogischen und wissenschaftlichen Personal bereichsübergreifend mit 34 % niedriger als bei den Erwerbstätigen insgesamt (39 %, Tab. B2-3web). Auch für den Frauenanteil und den Beschäftigungsumfang ergeben sich erhebliche Unterschiede. Der Anteil des weiblichen pädagogischen und wissenschaftlichen Personals liegt mit 72 % deutlich über dem aller Erwerbstätigen (47 %, Tab. B2-4web). Zudem liegt der Anteil der in Teilzeit^G Beschäftigten am pädagogischen und wissenschaftlichen Personal mit 55 % wesentlich höher als bei den Erwerbstätigen insgesamt (29 %, Tab. B2-5web). Der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten^G ergibt sich im Wesentlichen aus dem hohen Frauenanteil, da Frauen häufiger als Männer und insbesondere Mütter deutlich häufiger als Väter teilzeitbe-

Hoher Anteil an Frauen und Teilzeitbeschäftigten beim Bildungspersonal

Abb. B2-1: Struktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen 2010 bis 2020 nach Alter, Geschlecht und Arbeitszeit im Vergleich zu allen Erwerbstätigen (in %)



1) Kindertageseinrichtungen inklusive Einrichtungen für Schulkinder.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung, Mikrozensus ^①

→ Tab. B2-2web

schäftigt sind (vgl. **A3**). Dies verweist mittelfristig auf Beschäftigungspotenziale, sofern bei Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen die Bereitschaft besteht, den Umfang der Teilzeitbeschäftigung zu erhöhen oder diese in Vollzeitverhältnisse umzuwandeln. Ein differenzierteres Bild von Alters-, Geschlechts- und Beschäftigungsstrukturen zeigt sich bei der Betrachtung der verschiedenen Bildungsbereiche (**Abb. B2-1**).

In der Frühen Bildung ist der Anteil der ab 50-Jährigen mit 29 % zwar vergleichsweise niedrig, er ist jedoch überraschenderweise mit dem Ausbau von Kindertageseinrichtungen gestiegen. Angesichts des weiterhin wachsenden Bedarfs an Personal wird die Personaldeckung auch in Zukunft eine große Herausforderung darstellen (vgl. **C4**). Der Anteil der ab 50-Jährigen liegt in den ostdeutschen Flächenländern mit über 34 % deutlich höher als in den übrigen Ländern. In der Frühen Bildung sind mit 94 % überwiegend Frauen beschäftigt, in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg arbeiten mit 10 bis 12 % etwas mehr Männer in diesem Bereich als in den Flächenländern. Der Anteil des in Teilzeit beschäftigten pädagogischen Personals weist mit 62 % in der Frühen Bildung einen deutlich größeren Wert auf als bei den Erwerbstätigen insgesamt mit 29 %, hat sich aber zuletzt nicht weiter erhöht.

In den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ist der Anteil der ab 50-Jährigen zwischen 2010 und 2020 um 9 Prozentpunkte zurückgegangen. Mit 40 % liegt er 2020 ähnlich hoch wie bei den Erwerbstätigen insgesamt. Ein wesentlicher Anteil der derzeit Erwerbstätigen wird daher in den nächsten Jahren ausscheiden. Bei den Schulen verzeichnen Sachsen-Anhalt (64 %), Thüringen (61 %), Mecklenburg-Vorpommern (60 %) und Brandenburg (58 %) die höchsten Anteile von älteren Lehrkräften. Entsprechend wird der Personalbedarf in den ostdeutschen Flächenländern in den kommenden Jahren besonders hoch sein. Auch vor dem Hintergrund der mittelfristig steigenden Schüler:innenzahlen (vgl. **D1**) und der voraussichtlichen Neuabsolvent:innen ^② zeigen sich länderspezifische heterogene Lehrkräftebedarfe (vgl. **H**).

An den Hochschulen hat sich der Anteil der Frauen am pädagogischen und wissenschaftlichen Personal zwischen 2010 und 2020 zwar von 35 % auf 40 % erhöht, gleichwohl sind Frauen anders als in den anderen Bildungsbereichen an den Hochschulen auch 2020 unterrepräsentiert. Der Anteil der ab 50-Jährigen ist mit 27 %

Frauen- und Teilzeitanteil im Kita-Bereich am höchsten

Rückläufiger Anteil der ab 50-jährigen Lehrkräfte in Schulen

Im Hochschulbereich Frauen auch 2020 unterrepräsentiert

niedriger als in der Erwerbsbevölkerung insgesamt (39 %) und der Anteil des in Teilzeit beschäftigten pädagogischen und wissenschaftlichen Personals liegt mit 61 % an den Hochschulen deutlich über der Quote in der Erwerbsbevölkerung (29 %). Der relativ niedrige Anteil von älteren Beschäftigten und der hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten sind darauf zurückzuführen, dass in Deutschland generell an Hochschulen – wenn auch nach Fachrichtungen unterschiedlich stark ausgeprägt – viele junge Menschen in Teilzeit beschäftigt sind, um sich etwa im Rahmen einer Promotion zu qualifizieren oder in befristeten Drittmittelprojekten zu arbeiten (vgl. H1).

Personalstruktur im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland eine hohe Quote an pädagogischem und wissenschaftlichem Personal in Teilzeit hat. Im Primarbereich lag sie in Deutschland 2019 mit 52 % z.B. mehr als doppelt so hoch wie in der EU insgesamt mit 25 % (**Tab. B2-6web**). In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse zeigt sich in allen betrachteten Staaten ein vergleichbares Muster. Der Frauenanteil des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals liegt im frühkindlichen Bereich in fast allen Ländern über 90 % und nimmt zu den höheren Bildungsstufen hin auf meist unter 50 % im Tertiärbereich ab. In diesem Bereich haben nur Litauen, Lettland, Finnland und Rumänien einen Frauenanteil von über 50 % (**Tab. B2-7web**). Bei der Altersstruktur liegt Deutschland mit dem Anteil der über 50-Jährigen in allen Bildungsbereichen im Mittelfeld (**Tab. B2-8web**).

Im internationalen Vergleich hoher Anteil in Teilzeit

Bildungspersonal innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen

Pädagogische Berufe werden nicht nur in Wirtschaftszweigen mit Bildungsschwerpunkt, sondern auch darüber hinaus in beträchtlichem Umfang ausgeübt. Laut Mikrozensus gingen im Jahr 2019 insgesamt 2,3 Millionen Beschäftigte in einem der Wirtschaftszweige mit Bildungsschwerpunkt und 421.000 Beschäftigte außerhalb dieser Wirtschaftszweige einem pädagogischen Beruf nach (**Tab. B2-9web**). Als pädagogisch werden solche Berufe definiert, die nach Klassifikation der Berufe einen „erzieherischen, lehrenden oder forschenden“ Schwerpunkt aufweisen. In Wirtschaftszweigen wie z.B. „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ (ohne Frühe Bildung) und „Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“ ist eine Vielzahl von Beschäftigten in pädagogischen Berufen außerhalb von Bildungseinrichtungen tätig. Dort hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Vergleich zu 2014 um 17 % erhöht und damit stärker als die Anzahl der Beschäftigten in pädagogischen Berufen insgesamt, die im gleichen Zeitraum um 12 % gestiegen ist.

Anteil des Bildungspersonals außerhalb von Bildungseinrichtungen steigt

Der Anteil der ab 50-Jährigen an den Beschäftigten in einem pädagogischen Beruf ist 2019 außerhalb des Bildungssektors mit 41 % höher als innerhalb (36 %, **Tab. B2-9web**). Obwohl der Anteil der Frauen in den Wirtschaftszweigen außerhalb von Bildung mit 56 % deutlich geringer ausfällt als in den Wirtschaftszweigen innerhalb dieses Bereichs (74 %), ist Teilzeittätigkeit hier mit 56 % in gleichem Umfang (56 %) verbreitet.

Methodische Erläuterungen

Bildungspersonal

Unter Bildungspersonal werden im vorliegenden Kontext das in öffentlichen und privaten Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal sowie Tagespflegepersonen verstanden. Dies umfasst sowohl das pädagogische und wissenschaftliche als auch das sonstige Personal. Zum pädagogischen und wissenschaftlichen Personal zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte und unterstützendes Personal an Schulen (u. a. Sozialpädagog:innen, Sozialarbeiter:innen) sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen. Zum sonstigen Personal zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal an Kindertageseinrichtungen, Personal an Schulen unterhalb der Vergütungs- bzw. Besoldungsgruppe E9 bzw. A9 sowie das Verwaltungs- und technische Personal an Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung). Abweichungen gegenüber anderen Kapiteln des Bildungsberichts können aufgrund von unterschiedlichen Abgrenzungen des Personals entstehen.

Bildungspersonalrechnung

Die Bildungspersonalrechnung weist Angaben zum haupt- und nebenberuflichen Bildungspersonal über alle Bildungsbereiche einheitlich und überschneidungsfrei nach. Derzeit umfassen die Daten das Personal in Kindertageseinrichtungen, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an Schulen des Gesundheitswesens, an Hochschulen (einschließlich Hochschulkliniken) sowie Tagespflegepersonen. Das

Personal der Berufsakademien und Einrichtungen der Aufstiegsfortbildung ist damit nicht erfasst. Es werden Angaben aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik **0**, der Hochschulstatistik **0**, der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes **0** sowie Angaben der KMK zusammengeführt. Durch die Nichtberücksichtigung von Auszubildenden, Praktikant:innen und sonstigen Hilfskräften unterscheidet sich die Anzahl des Personals an Hochschulen von den in **F3** berichteten Zahlen.

Pädagogische Berufe innerhalb und außerhalb von Bildung

Die Ermittlung des Bildungspersonals mit pädagogischen Berufen innerhalb und außerhalb von Bildungswirtschaftszweigen erfolgt auf Basis des Berufsmerkmals (Klassifikation der Berufe, KldB) und des Wirtschaftszweigs (WZ) der hauptsächlichen Tätigkeit im Mikrozensus. Pädagogische Berufe umfassen Berufe in Früher Bildung, Schulen und Hochschulen, Lehrtätigkeiten an Volkshochschulen oder an Musikschulen. Berufe wie Sozialpädagogik und Soziale Arbeit werden nicht berücksichtigt. Die Wirtschaftszweige innerhalb von Bildung umfassen „Kindergärten und Vorschulen“, „Grundschulen“, „weiterführende Schulen“, den „tertiären und postsekundären, nichttertiären Unterricht“ und den „sonstigen Unterricht“. Außerhalb des Bildungssektors wurden im Tabellenanhang die Wirtschaftszweige abgebildet, in denen die meisten Personen mit pädagogischen Berufen tätig sind. Aufgrund methodischer Unterschiede sind die Ergebnisse nur eingeschränkt mit der Bildungspersonalrechnung vergleichbar.



Bildungsausgaben

Zuletzt im Bildungsbericht 2020 als B3

B
3

Die Bildungsausgaben^M stellen die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen dar. Aufgrund ihres großen Einflusses auf die Gestaltung der Bildungsprozesse sind die Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und die Finanzierungsbeiträge von Bund, Ländern, Gemeinden sowie dem privaten Bereich wichtige Aspekte in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion. Die Bildungsausgaben erfassen dabei sämtliche Bildungsbereiche inklusive der betrieblichen Ausbildung und der Weiterbildung.

Im internationalen Vergleich werden üblicherweise die Bildungsausgaben für formale Bildungseinrichtungen^G vom Primar- bis zum Tertiärbereich, die eine Teilsumme des Bildungsbudgets bilden, gegenübergestellt. In Deutschland sind diese Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt niedriger als im internationalen Vergleich. 2018 belief sich der Anteil auf 4,3 % des BIP, im OECD-Durchschnitt waren es 4,9 % und im EU-22-Durchschnitt 4,4 %² (**Tab. B3-1web**).

Im Jahr 2018 lagen in Deutschland die durchschnittlichen Ausgaben bezogen auf die Anzahl der vollzeitäquivalenten Bildungsteilnehmer:innen vom Primar- bis zum Tertiärbereich mit 14.200 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt von 11.700 US-Dollar wie auch dem EU-22-Durchschnitt von 11.800 US-Dollar. Auch in den meisten Bildungsbereichen übertrafen die Ausgaben je Bildungsteilnehmer:in in Deutschland die internationalen Vergleichswerte. Besonders groß war der Unterschied bei beruflichen Bildungsgängen des Sekundarbereichs II aufgrund der darin enthaltenen Ausgaben für die duale Ausbildung. Die Ausgaben je Bildungsteilnehmer:in werden zudem beeinflusst vom Lohn- und Gehaltsniveau, vom Umfang an Ganztagsunterricht, von der Klassengröße sowie vom Umfang der Lernmittelfreiheit (**Tab. B3-2web**).

Ausgaben je Bildungsteilnehmer:in über internationalem Durchschnitt

Bildungsausgaben im Überblick

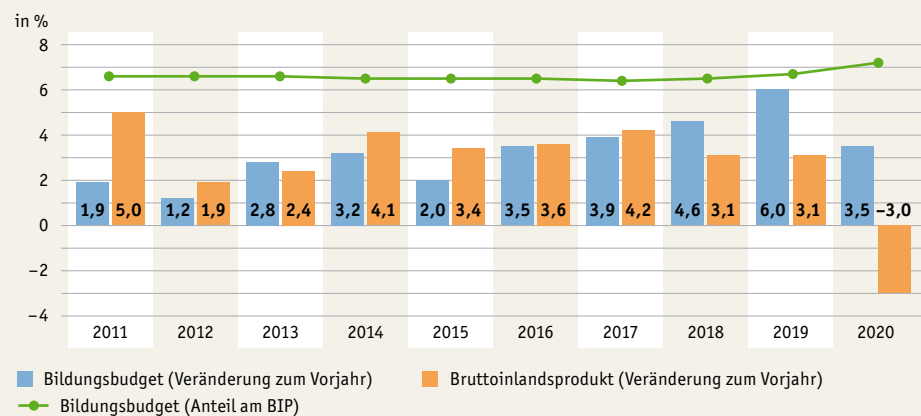
Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung werden im Bildungsbudget zusammengefasst. 2019 wurden in Deutschland 232,9 Milliarden Euro (6,7 % des BIP) und im Folgejahr 241,1 Milliarden Euro (7,2 % des BIP) für Bildung aufgewendet (**Tab. B3-3web**). Die Bildungsausgaben und das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen stiegen im Zeitraum von 2011 bis 2019 kontinuierlich. Im Jahr 2020 sank jedoch das Bruttoinlandsprodukt aufgrund der Corona-Pandemie, während weiterhin steigende Bildungsausgaben verzeichnet wurden (**Abb. B3-1**). Dadurch fällt der Anstieg von 6,7 % im Jahr 2019 auf 7,2 % 2020 besonders deutlich aus.

2020: Anteil der Bildungsausgaben am BIP 7,2 %

Das Bildungsbudget spiegelt auch die Strukturverschiebungen zwischen den Bildungsbereichen wider. Während sich der Anteil der Kinder im Elementarbereich zwischen 2010/11 und 2019/20 um 22 % und die Zahl der Bildungsteilnehmer:innen an Hochschulen um 28 % erhöhten, ging die Anzahl der Schüler:innen an allgemeinbildenden Schulen um 5 % zurück (**Tab. B4-5web**). Zwar wurden die Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich zwischen 2010 und 2020 erhöht und prägen nach wie vor das Bildungsbudget maßgeblich, ihr Anteil im Zeitraum von 2010 bis 2020 sank aber von 49 auf 46 %, da die Ausgaben in anderen Bereichen stärker stiegen. Dadurch wuchsen die Ausgabenanteile insbesondere im Elementarbereich von 11 auf 15 % (**Abb. B3-2, Tab. B3-4web**). Die übrigen Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung, zu denen u. a. Ausgaben privater Haushalte für Lernmittel und Nachhilfe sowie die Förderung von Bildungsteilnehmer:innen gehören, lagen 2020 leicht über

Anteil der Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich am Bildungsbudget bei 46 %

² Der EU-22-Durchschnitt berücksichtigt alle EU-Länder, die gleichzeitig auch Mitglied der OECD sind. Nicht dazu gehören Bulgarien, Kroatien, Malta, Rumänien und Zypern. Das Vereinigte Königreich wird für den EU-22-Durchschnitt ab dem Bericht „Bildung auf einen Blick 2021“ (OECD, 2021) auch für frühere Berichtsjahre (hier 2018) nicht mehr berücksichtigt.

Abb. B3-1: Entwicklung des Bildungsbudgets und des Bruttoinlandsprodukts 2011 bis 2020 (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2019/20 ^①; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ^② → Tab. B3-3web

dem Stand von 2010. Ihr Anteil am Bildungsbudget ging aber um 1 Prozentpunkt auf insgesamt 11 % zurück. Der Anteil der zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben in nationaler Abgrenzung am Bildungsbudget, zu denen u. a. die Ausgaben für betriebliche Weiterbildung, Volkshochschulen, Horte und Jugendarbeit gerechnet werden, liegt weiterhin bei rund 10 %.

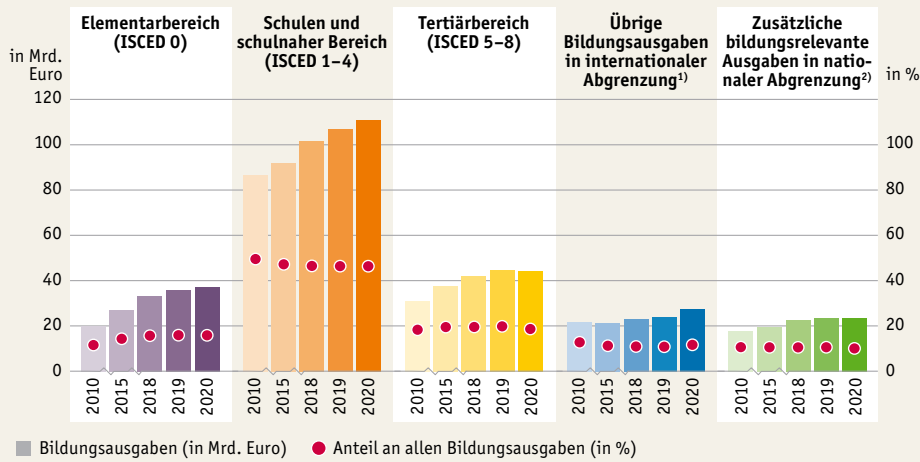
Bildungsausgaben nach finanzierenden und durchführenden Sektoren

Die Bildungsausgaben in Deutschland werden überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert. Im Jahr 2019 wurden vier Fünftel der Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Fünftel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland (Tab. B3-5web). Der Bund finanzierte dabei insgesamt 10 % der Bildungsausgaben. Seine Finanzierungsschwerpunkte lagen im Bereich der Förderung von Bildungs- sowie Weiterbildungsteilnehmer:innen, die zu jeweils 57 bzw. 100 % vom Bund finanziert wurden. Die Länder trugen insgesamt 53 % des Bildungsbudgets und finanzierten damit mehr als die Hälfte der Bildungsausgaben in Deutschland. Besonders hoch war ihr Finanzierungsanteil mit 81 % bei den allgemeinbildenden Schulen und mit 70 % bei den Hochschulen. Die Gemeinden, deren Anteil an den Bildungsausgaben insgesamt 18 % betrug, finanzierten schwerpunktmäßig die Kindertagesbetreuung ^③ im Elementarbereich (52 % Finanzierungsanteil). Die Darstellungen berücksichtigen dabei den Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Gebietskörperschaften. Beispielsweise werden Mittel, die der Bund den Ländern oder Gemeinden zur Verfügung stellt, in dieser Betrachtung dem Bund zugerechnet.

Alternativ kann man die Ausgaben für ausgewählte Bildungsbereiche nach durchführenden Sektoren darstellen. Entscheidend ist hier, ob eine Ausgabe letztendlich von einer öffentlichen oder privaten Bildungseinrichtung getätigt wird. Die Herkunft der Mittel aus öffentlicher und privater Finanzierung spielt dabei keine Rolle. Hier zeigt sich, dass 2019 insgesamt 150,4 Milliarden Euro von öffentlichen und 60,2 Milliarden Euro von privaten Einrichtungen (z. B. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft ^④) getätigt wurden (Tab. B3-6web). Damit entfielen in der Durchführungsbetrachtung 65 % der Bildungsausgaben auf den öffentlichen Bereich. Im Vergleich dazu liegt der Ausgabenanteil freier Träger im Elementarbereich mit 61 %

Länder tragen zum Großteil die Finanzierung der allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen

Abb. B3-2: Bildungsausgaben und deren Anteil nach Bildungsbereichen 2010, 2015 und 2018 bis 2020*

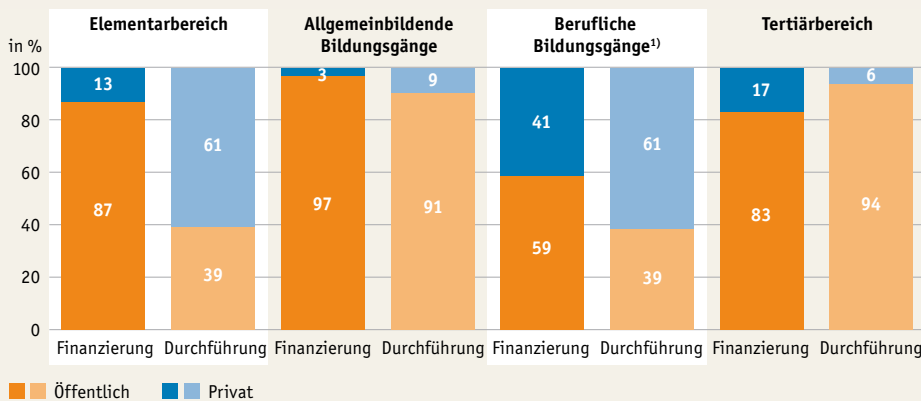


* Vgl. Anmerkungen zu Tab. B3-3web.
 1) Beamtenausbildung im mittleren Dienst, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung, Studienseminare, Ausgaben privater Haushalte für Lernmittel, Nachhilfe und dergleichen, Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen.
 2) Betriebliche Weiterbildung, Lehrerfortbildung, Volkshochschulen, Förderung der beruflichen Weiterbildung, Horte und Jugendarbeit.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2019/20
 → Tab. B3-3web, Tab. B3-4web

(Durchführung) beispielsweise deutlich über deren privaten Finanzierungsanteilen von 13 % (Abb. B3-3). Begründet werden kann dies durch den Umstand, dass Einrichtungen des Elementarbereichs (z.B. Kindertageseinrichtungen) sich in Deutschland überwiegend in freier Trägerschaft befinden, aber zu großen Teilen von der öffentlichen Hand refinanziert werden (vgl. B1). Auch bei den beruflichen Bildungsgängen übertrifft der Ausgabenanteil der privaten Einrichtungen ihren Finanzierungsanteil. Bei den allgemeinbildenden Schulen sowie im Hochschulbereich tätigten hingegen öffentliche Bildungseinrichtungen einen Großteil der Gesamtausgaben.

Auf Einrichtungen in freier Trägerschaft entfallen 2019 insgesamt 61 % der Ausgaben im Elementarbereich

Abb. B3-3: Finanzierungs- und Durchführungsanteile öffentlicher und privater Einrichtungen für ausgewählte Bildungsbereiche 2019 (in %) *



* Vgl. Anmerkungen zu Tab. B3-3web.
 1) Berufliche Bildungsgänge einschließlich betrieblicher Ausbildung im dualen System und Schulen des Gesundheitswesens.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2019/20, eigene Berechnungen
 → Tab. B3-5web, Tab. B3-6web



Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) nach Bundesländern

Um die öffentlichen Bildungsausgaben auf Länderebene zu vergleichen, wird auf das Konzept der Grundmittel^M aus der Bildungsfinanzstatistik zurückgegriffen, da ein Vergleich auf Länderebene auf Basis des Bildungsbudgets nicht möglich ist. Die Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben wird maßgeblich von der Bevölkerungsgröße und -struktur des jeweiligen Bundeslandes bestimmt. Zur besseren Vergleichbarkeit lassen sich die Bildungsausgaben auf Länderebene in Relation zur Bevölkerung unter 30 Jahren betrachten, da der größte Anteil der Bildungsausgaben auf Bildungseinrichtungen entfällt, die überwiegend von jungen Menschen in den ersten 3 Lebensjahrzehnten besucht werden.

Öffentliche Bildungsausgaben je Einwohner:in unter 30 Jahren in den Stadtstaaten am höchsten

Die öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel) je Einwohner:in unter 30 Jahren beliefen sich 2020 im Bundesschnitt auf 6.400 Euro. Der Vergleich zwischen den Bundesländern zeigt, dass die öffentlichen Bildungsausgaben je Einwohner:in unter 30 Jahren in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen am höchsten waren (7.000 bis 7.500 Euro, **Abb. B3-4**). Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass insbesondere in eben den Stadtstaaten viele Personen eine Bildungseinrichtung besuchen, die ihren Wohnsitz in den umliegenden Flächenländern haben. Dadurch erhöhen sich in diesen Fällen die Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung. In den Flächenländern lagen die Ausgaben zwischen 5.000 Euro bzw. 5.100 Euro in Rheinland-Pfalz bzw. dem Saarland und 6.900 Euro in Sachsen.

Weiterhin können die öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zur Wirtschaftskraft der einzelnen Bundesländer betrachtet werden. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel) am BIP lag im Jahr 2020 bei 5,6 % in den Flächenländern Ost, bei 4,2 % in den Flächenländern West und bei 4,7 % in den Stadtstaaten. Auf Länderebene variieren die Anteile von 3,6 % in Hamburg, 3,9 % in Bayern und Baden-Württemberg bis hin zu 5,7 % in Sachsen-Anhalt und 5,8 % in Sachsen (**Abb. B3-4**). Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass die Unterschiede in der Finanzkraft der Länder durch den Länderfinanzausgleich oder durch Zuweisungen an Länder zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs abgemildert werden. Diese Ausgleichszahlungen ermöglichen es Ländern mit geringerer Wirtschaftsleistung, in Relation zur Wirtschaftskraft vergleichsweise hohe Mittel dem Bildungsbereich zur Verfügung zu stellen. Weitere Kennzahlen zu den öffentlichen Bildungsausgaben auf Länderebene sowie ausführliche Analysen und methodische Hinweise finden sich im Bildungsfinanzbericht 2021 (Statistisches Bundesamt, 2021a).

Öffentliche Bildungsausgaben während der Corona-Pandemie

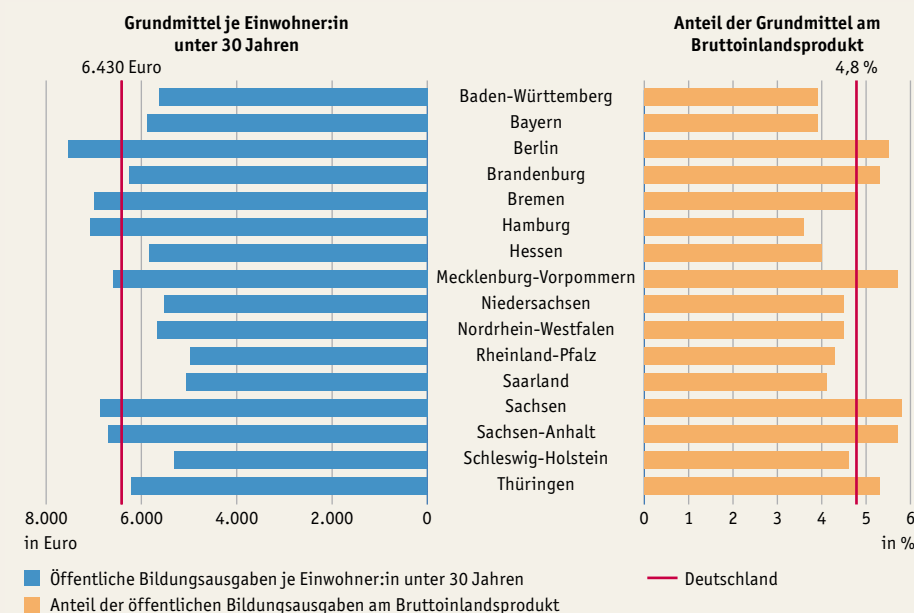
Digitalisierung von Bildungseinrichtungen ein Schwerpunkt der öffentlichen Haushalte während der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat seit März 2020 einen erheblichen Einfluss auf das Bildungswesen in Deutschland. Der Verzicht auf Präsenzunterricht von Einrichtungen in allen Bildungsbereichen und damit verbunden der kurzfristige Umstieg auf digitale Lehr- und Lernangebote sowie die Umsetzung von Hygienekonzepten hatten dabei signifikante Auswirkungen auf die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Erste Ergebnisse mit Corona-Bezug für das Jahr 2020 wurden bereits bei der Darstellung der Bildungsausgaben im Überblick genannt; der vorliegende Abschnitt soll zusätzlich einen Eindruck von den pandemiebezogenen Ausgabenschwerpunkten der öffentlichen Haushalte vermitteln.

Um die Folgen der Pandemie für das Bildungswesen abzufedern, stellt der Bund u. a. den Betrieben Ausbildungs- und Übernahmepremien für die Sicherung von Ausbildungsplätzen und den gesicherten Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben zur Verfügung. Für die Programme wurden 2020 und 2021 insgesamt 650 Millionen Euro bereitgestellt. Studierende wurden ebenfalls durch direkte Zuschüsse in pandemiebedingten Notlagen und die Möglichkeit der zinsfreien Inanspruchnahme von



Abb. B3-4: Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) je Einwohner:in unter 30 Jahren und als Anteil am Bruttoinlandsprodukt 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Haushaltsansatzstatistiken ^D, Bevölkerungsstatistik ^D, eigene Berechnungen

Studienkrediten unterstützt. Darüber hinaus wurden Änderungen in der Regelstudienzeit bei der Berechtigungsprüfung für den BAföG-Bezug von den Ländern nachvollzogen. Weitere 2 Milliarden Euro stellt die Bundesregierung für das Programm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ zur Verfügung. Mit je 1 Milliarde sollen einerseits Lernrückstände aufgeholt und andererseits Sport- und Freizeitaktivitäten gefördert und Kinder und Jugendliche im Alltag unterstützt werden (vgl. D6).

Um die Digitalisierung im Schulbereich zu stärken, hat der Bund im Rahmen des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ den DigitalPakt Schule während der Corona-Pandemie um weitere 1,5 Milliarden Euro aufgestockt. Verwendet werden die zusätzlichen Mittel für die Ausstattung von Schüler:innen und Lehrkräften mit digitalen Endgeräten (Leihgeräte) sowie für den Aufbau und Betrieb digitaler Infrastruktur in den Schulgebäuden. Zusammen mit den ursprünglich zugesagten 5 Milliarden Euro stehen damit insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung des Schulwesens zur Verfügung. Die Länder haben sich gleichzeitig verpflichtet, diese Investitionen mit einem Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % der Bundesmittel zu unterstützen und zusätzliche Maßnahmen in eigener finanzieller Verantwortung zu erbringen.

Seit Inkrafttreten des DigitalPakts Schule im Jahr 2019 wurden bisher 1,2 Milliarden Euro (Stand: 31.12.2021) an die Länder und Schulträger ausgezahlt, 495 Millionen Euro stammen dabei aus dem pandemiebedingten Sofortausstattungsprogramm für digitale Endgeräte für Schüler:innen und weitere 300 Millionen Euro wurden für das Programm „Leihgeräte für Lehrkräfte“ zur Verfügung gestellt. 423 Millionen Euro sind für Projekte aus dem ursprünglichen DigitalPakt Schule von 2019 abgeflossen.

Auch für die Länder stellt die Digitalisierung von Bildungseinrichtungen einen Aufgabenschwerpunkt während der Corona-Pandemie dar. Neben den bereits angesprochenen Landesprogrammen zum DigitalPakt Schule betrifft dies im Digitalbereich beispielsweise auch die Bereitstellung von Videokonferenzsystemen, Lernplattformen und weiterer Infrastruktur für den digitalen Austausch. Die Umsetzung von Hygienekonzepten stellt eine weitere Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte im

Bund stellt im Schulbereich weitere 1,5 Milliarden Euro für digitale Endgeräte und Infrastruktur zur Verfügung



Bildungswesen dar. Zu nennen sind hier die Organisation von Testmöglichkeiten oder Investitionen in den technischen Infektionsschutz (z. B. Luftfilter in Klassenräumen). Da die Länder den überwiegenden Teil der öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland finanzieren, musste ein Großteil der Mehrbelastungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes ebenfalls von den Ländern getragen werden. Dies betrifft z. B. die Erstattung von Elternbeiträgen (z. B. für den Besuch von Kindertagesstätten, Ganztagsbetreuungsangeboten im Schulbereich oder von Einrichtungen in freier Trägerschaft verschiedener Bildungsbereiche) und weiteren Gebühren, die Übernahme von Stornokosten für ausgefallene Veranstaltungen wie Klassenfahrten sowie die Deckung unvorhergesehener Mindereinnahmen.

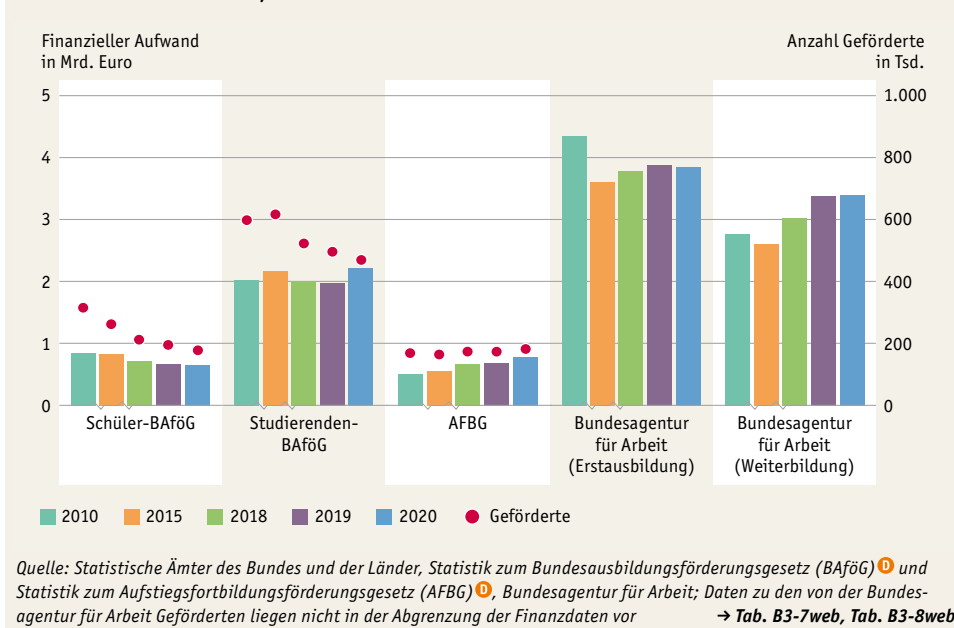
Bildungsförderung

**BAföG: 2020
insgesamt 21 %
weniger geförderte
Studierende als 2010**

Die Zahl der insgesamt nach Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geförderten Studierenden sank im Zeitraum von 2010 bis 2020 um 21 % auf 466.000, während die Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit³, die ohne Betrachtung der Einkommens- und Vermögenssituation förderfähig wären, um 31 % stieg. Damit ging das Verhältnis der insgesamt BAföG-geförderten Studierenden zu den Studierenden in der Regelstudienzeit von 41 auf 25 % zurück. Die Ausgaben für das Studierenden-BAföG erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 10 % auf 2,2 Milliarden Euro, da u. a. der Förderhöchstbetrag angehoben wurde. Die durchschnittliche Förderung pro Kopf stieg zwischen 2010 und 2020 um 32 % auf monatlich 574 Euro, wobei der Anstieg von 2019 auf 2020 um 12 % besonders auffällt.

Die Gesamtzahl der Schüler:innen mit BAföG-Bezug verringerte sich zwischen 2010 und 2020 um 46 % auf 174.000. In diesem Zeitraum ging allerdings auch die Zahl der insgesamt förderfähigen Schüler:innen⁴ um 16 % zurück, sodass sich das

Abb. B3-5: Finanzieller Aufwand und Geförderte für BAföG, AFBG und Bundesagentur für Arbeit 2010, 2015 und 2018 bis 2020



³ Studierende im Erst- und konsekutiven Masterstudium, die die im Fördergesetz definierten Altersgrenzen noch nicht überschritten haben.

⁴ Schüler:innen im Alter von 15 Jahren und älter an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendhauptschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen (ohne Betrachtung der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern).

Verhältnis der BAföG-geförderten Schüler:innen zu den Schüler:innen insgesamt von 11 auf 7 % verringerte. Die BAföG-Ausgaben für Schüler:innen sanken um 24 % auf 0,7 Milliarden Euro, während die durchschnittliche Pro-Kopf-Förderung um 41 % auf 503 Euro im Monat stieg.

Personen, die eine Fachschule, einen Meister- oder Technikerlehrgang besuchen, können nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)⁵ gefördert werden; im Jahr 2020 nahmen 178.000 Menschen diese Möglichkeit in Anspruch. Insgesamt wurden 2020 für das AFBG 0,8 Milliarden Euro aufgewendet, was einem Anstieg von 51 % gegenüber 2010 entspricht (**Abb. B3-5, Tab. B3-7web**). Die Anstiege sind teilweise auf attraktivere Förderkonditionen für Erzieher:innen seit der 4. Änderung zum AFBG im Jahr 2020 zurückzuführen. 2020 wurden insgesamt 39.600 Erzieher:innen gefördert, gegenüber 29.800 im Jahr 2019.

Die Bundesagentur für Arbeit fördert im Rahmen ihrer Arbeitsmarktpolitik Maßnahmen der Erstausbildung sowie der Weiterbildung und unterstützt zudem Teilnehmer:innen an Bildungsmaßnahmen mit Zuschüssen zu den Lebenshaltungskosten. 2020 gaben die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 3,8 Milliarden Euro für die Erstausbildung und 3,4 Milliarden Euro für die Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung) aus (**Tab. B3-8web**).

178.000 Personen wurden im Jahr 2020 nach dem AFBG gefördert

Methodische Erläuterungen

Bildungsausgaben

Bildungsausgaben umfassen Ausgaben für Personal (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträgen), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung der im Bildungsbereich aktiven Beamt:innen nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmenden im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. In der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, AFBG, Umschulungen, Schülerbeförderung u. a. nachgewiesen. Falls nicht unmittelbar erwähnt, werden die Ausgaben in den jeweiligen Preisen angegeben.

Die Bildungsausgaben, das Bildungsbudget sind ein Gesamtrechnenwerk und werden aus verschiedenen Datenquellen errechnet. Hauptquelle sind dabei die Finanzstatistiken (insbesondere Haushaltsansatzstatistik, Kassenstatistik, Gemeindefinanzstatistik, Hochschul-

finanzstatistik). Darüber hinaus fließt in die Berechnung eine Vielzahl anderer Datenquellen ein, z. B. die Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zu den Kosten der betrieblichen Ausbildung im dualen System, Statistiken des Deutschen Studentenwerks, die CVTS-Erhebung über die betriebliche Weiterbildung, die Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) sowie weitere Datenquellen.

Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel)

Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich. Ihre Höhe ist weitgehend unabhängig vom Grad der Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen aus dem Haushalt. Die Grundmittelbetrachtung basiert auf den Ausgaben und Einnahmen von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), wie sie in den Jahresrechnungsstatistiken und der Haushaltsansatzstatistik auf Grundlage der Haushaltssystematik abgebildet werden.

⁵ Zur Förderung von Aufstiegsfortbildungen von Berufsqualifizierten besteht seit 1996 ein eigenes Gesetz, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Diese Förderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht, zu finanzieren.

Bildungsbeteiligung

Die Bildungsbeteiligung ist eine zentrale Voraussetzung für den Erwerb von Bildungsabschlüssen **G** (**B5**). Darüber hinaus wirkt sie sich mittelfristig auf die politische, kulturelle und soziale Teilhabe sowie die Beteiligung am Erwerbsleben aus und liefert einen wichtigen Beitrag zu den persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bildungsteilnehmenden (vgl. **I**).

Im Folgenden geht es zunächst um den Bildungszugang junger Erwachsener im internationalen Vergleich und um das Zusammenspiel von Bildung und Erwerbstätigkeit **G**. Inwieweit wird Erwerbstätigkeit mit Bildungsbeteiligung verbunden und inwieweit stellt Erwerbstätigkeit auch eine Alternative zu Bildungsbeteiligung dar? Konkret geht es darum, ob auf den Erwerb eines qualifizierten Abschlusses verzichtet und ungelernter Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, um Einkommen zu erzielen. Darüber hinaus wird die Gruppe derjenigen betrachtet, die weder in Bildung noch erwerbstätig ist. Da die Daten zur Weiterbildungsbeteiligung nicht in vergleichbarer Weise vorliegen, wird hierüber gesondert in **G2** berichtet.

Bildungsbeteiligung junger Erwachsener im internationalen Vergleich

Im Jahr 2019 besuchten in Deutschland 54 % der 15- bis unter 30-Jährigen **M** formale Bildungseinrichtungen **G**, d.h. allgemeinbildende oder berufliche Schulen oder Hochschulen. Dies sind mehr als im OECD-Durchschnitt von 47 % und auch mehr als im EU-23-Durchschnitt⁶ von 49 % (**Tab. B4-1web**). Dabei befindet sich in Deutschland mit 22 % ein vergleichsweise hoher Anteil von Personen gleichzeitig in einem Bildungsgang und ist erwerbstätig; im OECD-Durchschnitt sind es 13 % und im EU-23-Durchschnitt 11 %. Dieser im internationalen Vergleich relativ hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, dass ca. 10 % der Personen im Rahmen der dualen Ausbildung oder eines Dualen Studiums sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Die weiteren ca. 12 % umfassen vor allem Studierende, die neben ihrem Studium erwerbstätig sind. Dieser Anteil entspricht in Deutschland etwa dem OECD-Durchschnitt. Deutschland gehört zu den Staaten, in denen Bildung von jungen Erwachsenen häufig in dualer Ausbildung stattfindet (work-study programmes), die den Übergang von Bildung in qualifizierte Berufstätigkeit erleichtert.

Ein Großteil der 46 %, die keine Bildungseinrichtung mehr besuchen, ist stattdessen erwerbstätig (38 %). Entsprechend ist der Anteil der jungen Erwachsenen, die weder in Beschäftigung noch in einen formalen Bildungsgang eingebunden sind (NEET – Not in Education, Employment or Training), mit 8 % in Deutschland geringer als im OECD- (13 %) und EU-23-Durchschnitt (12 %, **Tab. B4-1web**). Auch bei den 20- bis unter 25-Jährigen, also einer Altersgruppe, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegt, treten in Deutschland vergleichsweise geringe Anteile von Menschen auf, die weder einen Bildungsgang absolvieren noch erwerbstätig sind (OECD, 2020, S. 68).

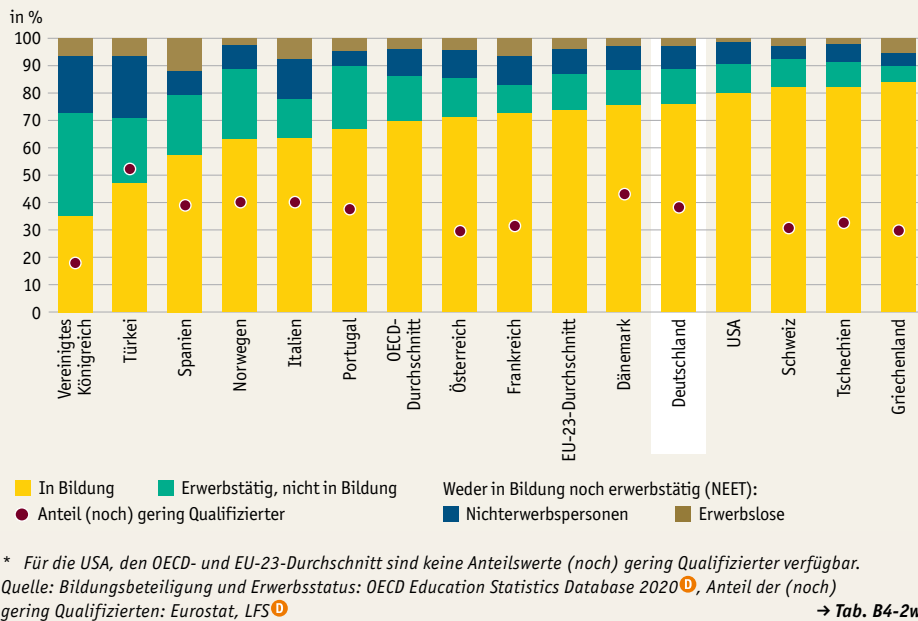
Von den 15- bis unter 30-Jährigen haben in Deutschland 38 % (noch) keinen beruflichen Abschluss oder eine Hochschulreife erworben (ISCED 0–2). Diese jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss und ohne Hochschulreife besuchen zu gut drei Vierteln (76 %) formale Bildungseinrichtungen. Dies ist mehr als im Durchschnitt der OECD-Länder (70 %) und der EU-23-Staaten (74 %). Auch im Vergleich zu Ländern, die in dieser Altersgruppe einen ähnlichen Anteil von Personen aufweisen, die bislang noch keinen beruflichen Abschluss oder eine Hochschulreife erworben haben, wie Spanien, Norwegen und Italien, ist der Anteil in formaler Bildung in Deutschland höher (**Abb. B4-1, Tab. B4-2web**).

⁶ Der EU-23-Durchschnitt berücksichtigt alle EU-Länder, die gleichzeitig auch Mitglied der OECD sind (OECD, 2020).

Bildungsbeteiligung junger Menschen höher als im OECD-Durchschnitt

Anteil der NEET bei jungen Erwachsenen im internationalen Vergleich gering

Abb. B4-1: 15- bis unter 30-Jährige ohne beruflichen Abschluss und ohne Abitur nach Bildungsbeteiligung und Erwerbsstatus ^G und Anteil an der Bevölkerung, ausgewählte Staaten*, 2019 (in %)



Soziodemografische Unterschiede in der Bildungsbeteiligung

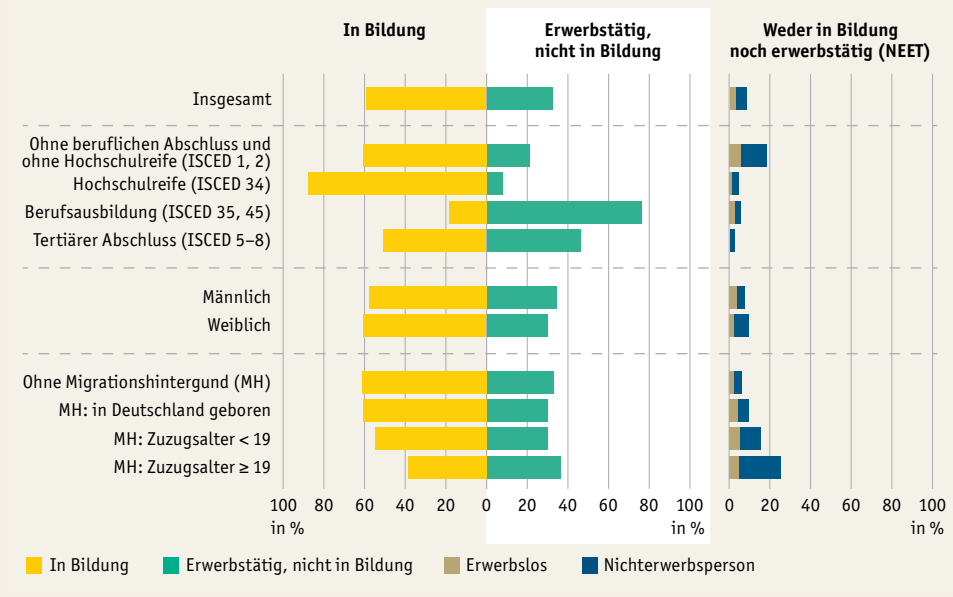
In der Bildungsbeteiligung sind soziodemografische Unterschiede zu beobachten, die in der Folge für die Altersgruppe der 19- bis unter 25-Jährigen in Deutschland dargestellt werden. Diese Altersgruppe umfasste 2019 rund 5,3 Millionen Menschen (Tab. B4-3web), d. h. rund 6 % der Gesamtbevölkerung. Sie ist für die folgende Betrachtung von besonderer Relevanz, da in diesem Alter die Schulpflicht größtenteils erfüllt ist und damit eine Wahlmöglichkeit zwischen Bildung und Erwerbstätigkeit besteht.

Während junge Frauen und Männer in ähnlichem Umfang formale Bildungseinrichtungen besuchen (60 und 58 %), unterscheidet sich die Bildungsbeteiligung stark nach dem vorhandenen Bildungsabschluss. Die Mehrheit der jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss und ohne Hochschulreife besucht Bildungseinrichtungen (61 %), 21 % sind jedoch ausschließlich erwerbstätig und nicht in einen Bildungsgang eingebunden (im Folgenden: erwerbstätig) und 18 % weder in Bildungseinrichtungen noch erwerbstätig (NEET). Junge Erwachsene mit Hochschulreife weisen mit 88 % die höchste Bildungsbeteiligung und mit 8 % die geringste Erwerbsbeteiligung auf. Liegt ein (erster) tertiärer Abschluss vor, besuchen 51 % Bildungseinrichtungen und 46 % sind erwerbstätig. Junge Erwachsene, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, beteiligen sich hingegen am seltensten an weiterer formaler Bildung (19 %) und sind am häufigsten erwerbstätig (76 %, Abb. B4-2).

21 % der jungen Menschen ohne beruflichen Abschluss sind erwerbstätig

Die Bildungsbeteiligung der 19- bis unter 25-Jährigen unterscheidet sich weniger nach Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ^G, sondern vielmehr danach, wie lange Menschen bereits in Deutschland leben. Mit 61 % besuchen jene mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, im gleichen Umfang Bildungseinrichtungen wie junge Erwachsene ohne Migrationshintergrund. Die Bildungsbeteiligung liegt bei denjenigen, die bei Zuzug jünger als 19 Jahre waren, bei 55 %. Am geringsten ist sie mit 39 % unter jenen, die bei Zuzug 19 Jahre und älter waren. Die Bildungsbeteiligung der 19- bis unter 25-Jährigen ist folglich umso höher, je länger junge Erwachsene in Deutschland leben.

Abb. B4-2: 19- bis unter 25-Jährige nach Bildungsbeteiligung, Erwerbsstatus und soziodemografischen Merkmalen 2019 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2019

→ Tab. B4-3web

**Bei höherem
Zuzugsalter stärkere
Orientierung auf
Erwerbstätigkeit**

Welche Alternativen nehmen aber in höherem Alter Zugezogene wahr, die nicht in einen Bildungsgang eingebunden sind? Junge Erwachsene, die erst im Alter ab 19 Jahren nach Deutschland kamen, sind eher erwerbstätig (36%) als hierzulande Geborene und im Alter von unter 19 Jahren Zugezogene (jeweils 30%). Des Weiteren liegt auch der Anteil der jungen Erwachsenen, die weder erwerbstätig sind noch einen Bildungsgang durchlaufen (NEET), bei den später Zugezogenen mit 25% höher als bei den Personen, die im Alter von unter 19 Jahren zuzogen (15%) oder in Deutschland geboren wurden (10%). Dabei ist der hohe Anteil von jungen Erwachsenen, die weder einen Bildungsgang absolvieren noch erwerbstätig sind, auf junge Frauen zurückzuführen, die mit 38% die höchste Quote von Nichterwerbspersonen aufweisen. Bei den jungen Erwachsenen, die im Erwachsenenalter zuzogen, zeichnet sich also eine höhere Erwerbs- statt Bildungsorientierung und bei den jungen Frauen eine eher geringe Beteiligung an Bildung und Arbeitsmarkt ab.⁷ Hier können insbesondere Zuzugsmotive wie die Aufnahme von Arbeit oder Familiengründung oder -zusammenführung eine Rolle spielen. 22% der jungen Erwachsenen, die im Alter ab 19 Jahren zugezogen sind, geben im Jahr 2019 als Hauptzuzugsmotiv Arbeit oder Beschäftigung und 30% Studium oder eine andere Aus- und Weiterbildung an – dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit der Bildungsbeteiligung (Baas, 2021).

**Menschen, die weder
in Bildung noch
erwerbstätig sind,
haben mehrheitlich
keinen beruflichen
Abschluss**


Wie setzt sich die Gruppe der 448.000 jungen Erwachsenen, die weder eine Bildungseinrichtung besuchen noch erwerbstätig sind (NEET), sozial zusammen? Etwas mehr als die Hälfte (53%) sind Frauen (Tab. B4-3web). Damit liegt der Wert deutlich über dem Frauenanteil der 19- bis unter 25-Jährigen der Bevölkerung (47%).⁸ 45% weisen keinen Migrationshintergrund auf und weitere 20% sind junge Erwachsene

⁷ Während die Arbeitsmarkt-beteiligung auch mit Geschlechterrollen zusammenhängt, die im Herkunftsland vorherrschen (Diehl, 2021), unterscheidet sich die Nutzung von Kindertagesbetreuung bei Kindern im Krippenalter durch Mütter mit Herkunftsregion Westdeutschland stärker im Vergleich zu Müttern mit Herkunftsregion Ostdeutschland als zu Müttern mit Wurzeln in Südosteuropa oder Vorderasien (z. B. Türkei, Peter & Spieß, 2015). Darüber hinaus weisen mehrere Befunde darauf hin, dass Eltern mit Migrationshintergrund häufiger angeben, keinen Betreuungsplatz gefunden zu haben (Olszenka & Meiner-Teubner, 2020).


⁸ Analysen von Lebensverläufen auf Basis des NEPS nach Verlassen der Schule verweisen auf häufiger problematische Verläufe bei Frauen (Brzinsky-Fay, 2022).

mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden. Entsprechend haben Menschen im Alter von 19 bis unter 25 Jahren, die weder eine Bildungseinrichtung besuchen noch erwerbstätig sind, mehrheitlich das Bildungssystem in Deutschland besucht, weisen aber mit einer Mehrheit von 60 % weder einen beruflichen Abschluss noch eine Hochschulreife auf.

Struktur der Bildungsbeteiligung

Im Jahr 2020 besuchten 17,5 Millionen Menschen formale Bildungseinrichtungen, d. h. Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Hochschulen sowie Einrichtungen der Aufstiegsfortbildung (Tab. B4-4web)⁹. Die Anzahl der Menschen in formaler Bildung stieg damit gegenüber 2010 um 4 % an (Tab. B4-5web). Diese Entwicklung verlief jedoch nicht gleichmäßig über alle Bildungsbereiche hinweg. In der Frühen Bildung  ist ein Zuwachs von 23 % zu verzeichnen, bei den unter 3-Jährigen sogar um 52 % (Tab. B4-6web). Diese Entwicklung spiegelt den Ausbau der Angebote in der Frühen Bildung wider (vgl. C2). Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl der Bildungsteilnehmenden an den Hochschulen mit einem Zuwachs von 31 %. Grenz man die Betrachtung auf die Zahl der Studienanfänger:innen im Bachelorstudium und in gleichwertigen Bildungsprogrammen ein, so liegt die Steigerung bei 26 % (Tab. B4-7web). Zurück ging seit 2010 die Zahl der Bildungsteilnehmenden – in allgemeinbildenden Bildungsgängen um 5 % und in beruflichen Bildungsgängen um 11 % (Tab. B4-5web).

Die Zahl der Bildungsteilnehmenden wird nicht nur von Angebot und Nachfrage, sondern im Wesentlichen auch von der demografischen Entwicklung bestimmt (vgl. A1, Tab. B4-8web). So war die demografische Entwicklung der unter 30-Jährigen in den vergangenen 10 Jahren davon geprägt, dass die Größen der jüngeren Kohorten zu- und die der älteren abnahmen. In der Folge dieser demografischen Entwicklung steigt die Anzahl von Kindern ab 1 Jahr bis zum Schuleintrittsalter in Bildungseinrichtungen seit 2012 wieder und seit 2014 – zeitlich leicht versetzt – auch die Anzahl der Bildungsteilnehmenden im Primarbereich. Die Zahl der Bildungsteilnehmenden im Sekundarbereich I war lediglich 2016 gestiegen und geht seitdem wieder zurück (Tab. B4-6web). Die Bevölkerung wächst seit 2017 in den Altersgruppen der 10- bis unter 13-Jährigen, sinkt jedoch weiterhin in den Altersgruppen der 13- bis unter 16- und der 16- bis unter 19-Jährigen (Tab. B4-8web). In den nächsten Jahren ist zu erwarten, dass sich der Bevölkerungsanstieg in den jüngeren Altersgruppen dann auch im gesamten Sekundarbereich I widerspiegelt.

Die Bildungsbeteiligungsquote der unter 3-Jährigen ist seit 2010 deutlich gestiegen und lag im Jahr 2019 mit 39 %¹⁰ um 11 Prozentpunkte über dem Ausgangsniveau. 2020 ging die Quote – vermutlich auch weil Eltern infolge der Corona-Pandemie den Besuch einer Kindertagesbetreuung  ihrer Kinder aussetzten oder verschoben – um 0,6 Prozentpunkte leicht zurück. Die entsprechende Quote der 3- bis unter 6-Jährigen hat sich zwischen 2010 und 2020 um 3 Prozentpunkte verringert und liegt 2020 bei 93 % (Tab. B4-9web, Abb. B4-3). Bei den 16- bis unter 19-Jährigen sinkt die Bildungsbeteiligungsquote von 95 % im Jahr 2010 auf 90 %. Eine genauere Betrachtung der Altersjahre von 16 bis 18 im Jahr 2020 zeigt: Da die meisten 16- und 17-Jährigen noch der Teilzeitschulpflicht unterliegen, liegt die Beteiligung bei 98 und 92 % und fällt erst bei den 18-Jährigen auf 80 % ab.

Mehr Bildungsteilnehmende in der Frühen Bildung und an den Hochschulen

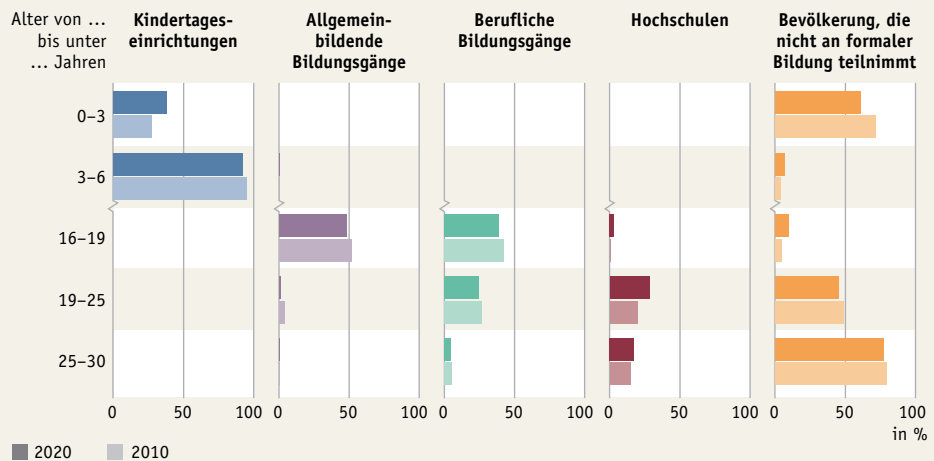
Demografische Entwicklung beeinflusst Zahl der Bildungsteilnehmenden

Erhöhung der Bildungsbeteiligung bei unter 3-Jährigen

⁹ Der Bereich Weiterbildung wird hier nicht einbezogen, da für diesen zunehmend bedeutsamen, aber sehr heterogenen Bereich keine Gesamtzahlen vorliegen.

¹⁰ Die hier ausgewiesene Beteiligungsquote weicht von den Angaben in C3 ab, da hier zur Berechnung das Kalenderjahr und nicht der Stichtag (01.03.) zugrunde gelegt wird.

Abb. B4-3: Entwicklung der Bildungsbeteiligung in Bildungseinrichtungen zwischen 2010/11 und 2020/21 nach Bereichen und Altersgruppen (in %) *



* Beteiligungquoten für die Altersgruppe von 6 bis unter 16 Jahren sind nicht aufgeführt, da sie aufgrund der Schulpflicht rund 100 % betragen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik ^D, Schulstatistik ^D, Hochschulstatistik ^D, Berufsakademiestatistik ^D, Statistik der Aufstiegsfortbildung ^D

→ Tab. B4-9web

Stärkere Bildungsbeteiligung bei über 19-Jährigen

Im Vergleich zu 2010 steigt bei den 19- bis unter 25-Jährigen die Beteiligung an Hochschulbildung um 8 Prozentpunkte auf 28 %, der Anteil von Menschen in allgemeinen oder beruflichen Bildungsgängen sinkt um jeweils 2 Prozentpunkte (Tab. B4-10web). Hier spiegelt sich die teilweise Umstellung von G9 auf G8 wider, die zu einem früheren Übergang in die Hochschulbildung geführt hat (vgl. D). Dies wird deutlicher, wenn man die 19-Jährigen isoliert betrachtet: Hier reduziert sich der Anteil von Menschen in allgemeiner Bildung um 12 Prozentpunkte auf 6 % und der von Menschen in Hochschulbildung steigt um 13 Prozentpunkte auf 21 %. Die Bildungsbeteiligung der 19- bis unter 25-Jährigen verschiebt sich also einerseits von allgemeiner und beruflicher Bildung zu den Hochschulen und nimmt andererseits insgesamt um 5 Prozentpunkte zu. Auch bei den 25- bis unter 30-Jährigen steigt die Bildungsbeteiligung insgesamt um 3 Prozentpunkte sowie an Hochschulbildung um 2 Prozentpunkte. Inwiefern in diesem Zeitraum ein größerer Anteil der Bevölkerung Zugang zu Bildung gefunden hat oder längere Verweildauern eine Rolle spielen, wird an anderer Stelle näher untersucht (vgl. F3). Insgesamt ist gegenüber 2010 bei den unter 3-Jährigen eine erhebliche und bei den über 19-Jährigen eine spürbare Erhöhung der Bildungsbeteiligung zu verzeichnen.

Methodische Erläuterungen

Zur Auswahl der Altersgruppe

Zur Bildungsbeteiligung von Personen ohne beruflichen Abschluss und ohne Abitur liegen im internationalen Vergleich ausschließlich für die Altersgruppe der 15- bis unter 30-Jährigen Daten vor, die daher auch hier

verwendet werden. In dieser Altersgruppe kommt auch die jeweilige Dauer der Schulpflicht zum Tragen, sodass die Beteiligung an Bildung bis zum Ende der Schulpflicht keine freiwillige Entscheidung darstellt.

Bildungsstand der Bevölkerung

Zuletzt im Bildungsbericht 2020 als B5

B
5

Der Bildungsstand einer Person ist sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene ein Schlüsselfaktor, da er die Zugangsmöglichkeiten zu weiterführender Bildung, die Erwerbchancen eines Individuums, die gesellschaftliche Teilhabe und die Fähigkeit zur aktiven Gestaltung der eigenen Biografie (individuelle Regulationsfähigkeit) beeinflusst. Aus volkswirtschaftlicher Sicht stellt ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung eine Grundvoraussetzung für Innovationsfähigkeit dar und ist ein entscheidender gesellschaftlicher Wettbewerbsfaktor. Der Bildungsstand kann u. a. anhand der erreichten formalen Bildungsabschlüsse ^G gemessen werden.

Bildungsstand im internationalen Vergleich

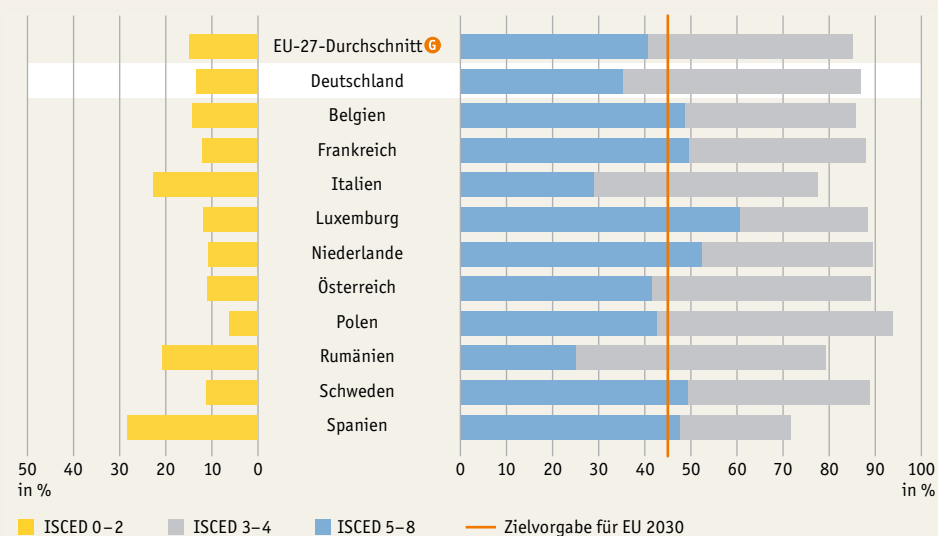
Die EU definierte 2021 im Rahmen der neuen Zielvorgaben für die Weiterentwicklung des europäischen Bildungsraumes (European Educational Area – EEA) u. a. ein Ziel zum Erwerb von hohen Bildungsabschlüssen (ISCED 5–8): Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss in der EU mindestens 45 % betragen. Tertiäre Abschlüsse umfassen im europäischen Raum sowohl Hochschulabschlüsse als auch hohe berufliche Abschlüsse wie Meister:in, Techniker:in oder Erzieher:in. In Deutschland lag der Anteil 2020 mit 35 % unter dem EU-Durchschnitt von 41 % (Abb. B5-1, Tab. B5-1web). Dabei weisen 29 % einen akademischen und 6 % einen berufsorientierten tertiären Abschluss auf. Der Anteil der tertiären Abschlüsse ist hierzulande seit 2011 von 28 % um rund 8 Prozentpunkte gestiegen; auch im EU-Durchschnitt lag der Anstieg bei 8 Prozentpunkten.

Weniger 25- bis unter 35-Jährige mit hohem Abschluss als im EU-Durchschnitt und zugleich ...

In Deutschland wies mit 52 % ein höherer Anteil von Menschen als im EU-Durchschnitt mittlere Qualifikationen (ISCED 3–4), d.h. Hochschulreife oder einen vollqualifizierenden berufsbildenden Abschluss, auf. Ein Abschluss mindestens des Sekundarbereichs II, der international als grundlegende Voraussetzung für gelingende Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe gilt, wird dadurch ebenfalls mit 87 % etwas häufiger als im EU-Durchschnitt von 85 % erreicht (ISCED 3–8).

... mehr junge Erwachsene mit Mindestqualifikation als im EU-Durchschnitt

Abb. B5-1: Bildungsabschlüsse der 25- bis unter 35-Jährigen 2020 in ausgewählten Staaten (in %)



Quelle: Eurostat, LFS ^D, eigene Darstellung

→ Tab. B5-1web

Hinter dem hohen Anteil mittlerer Qualifikationen (ISCED 3–4) stehen – anders als in den meisten anderen Staaten – zu großem Teil berufsbildende Abschlüsse und zu geringerem Anteil die Hochschulreife. Mit der beruflichen Bildung nimmt Deutschland im internationalen Vergleich eine Sonderstellung ein. Dies ist zum einen auf das qualitativ hochwertige berufliche Ausbildungssystem zurückzuführen, das im Vergleich zu den anderen EU-Staaten eine wichtige Qualifizierungsfunktion auf der mittleren Fachkräfteebene ausübt und auf ein breites Berufsspektrum vorbereitet. Zum anderen werden einige Berufe, vor allem im Bereich von Gesundheit, auf mittlerer Ebene ausgebildet, sodass der Zugang – im Unterschied zu vielen europäischen Staaten – nicht über einen Abschluss im Tertiärbereich erfolgt.

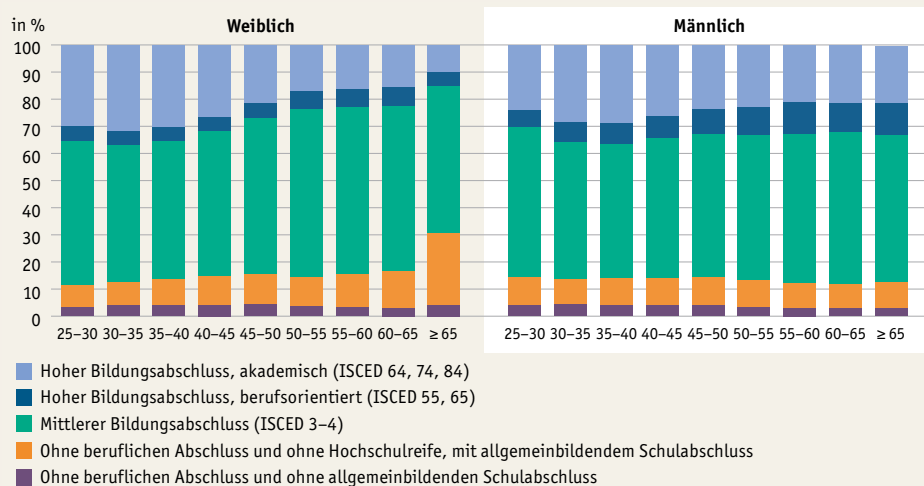
Hervorzuheben ist daher für Deutschland auch der postsekundäre nichttertiäre Bereich (ISCED 4). Er umfasst die Kombination von beruflichem Ausbildungsabschluss und Hochschulzugangsberechtigung, Abschlüsse von 2- bis 3-jährigen Bildungsgängen an Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe (z. B. Pflegefachfrau/-fachmann, Hebamme, Physiotherapeut:in) und Abschlüsse an Abendgymnasien. In Deutschland verfügen verhältnismäßig viele Menschen (17 % der 25- bis unter 35-Jährigen) über einen solchen ISCED-4-Abschluss. In dem Indikator akademisch Qualifizierte und beruflich höher Qualifizierte hat sich Deutschland im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für 2030 das Ziel gesetzt, dass 55 % der 30- bis unter 35-Jährigen einen postsekundären nichttertiären oder tertiären Abschluss (ISCED 4–8) erreichen (2020: 52 %).

Bildungsstand nach Alter und Geschlecht

Sowohl bei der Entwicklung des Bildungsstands der Gesamtbevölkerung in den letzten 10 Jahren (Tab. B5-2web) als auch im Hinblick auf die Werte einzelner Kohorten ist ein positiver Trend zu verzeichnen (Abb. B5-2, Tab. B5-3web). Der große Anteil junger Erwachsener mit akademischem oder hohem beruflichen Bildungsabschluss (ISCED 5–8) wirkt sich deutlich auf den entsprechenden Anteil in der Gesamtbevölkerung aus. Im Jahr 2010 verfügten 21 % der Bevölkerung über einen höheren Bildungsabschluss. 2020 waren es bereits 26 %. Etwas zurückgegangen ist im gleichen Zeitraum der Anteil von Menschen, die weder einen beruflichen Abschluss noch eine Hochschulreife erworben haben (ISCED 1–2), von 24 % im Jahr 2010 auf 20 % im Jahr 2020 (Tab. B5-2web).

Anteil der Menschen mit höherem Bildungsabschluss deutlich gestiegen

Abb. B5-2: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung 2020 ab 25 Jahren nach Geschlecht (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2020

→ Tab. B5-3web

Die positive Entwicklung des Bildungsstands unterscheidet sich nach den Geschlechtern. Während in den älteren Geburtskohorten Männer häufiger über einen höheren Bildungsstand verfügen, kehrt sich das Verhältnis bei den 30- bis unter 35-Jährigen um. Bei den 25- bis unter 30-Jährigen liegt der Anteil der Frauen mit hohem Bildungsabschluss mit 35 % deutlich über dem der Männer (30 %), in dieser Altersgruppe werden allerdings auch noch Abschlüsse erworben (Abb. B5-2, Tab. B5-3web). In Bezug auf den Hochschulabschluss findet eine deutliche Umkehr des Geschlechterverhältnisses bei den 30- bis unter 35-Jährigen statt. In dieser Altersgruppe verfügen Frauen um 4 Prozentpunkte häufiger als Männer über einen Hochschulabschluss.

Frauen der jüngeren Generation verfügen über einen höheren Bildungsstand als Männer

Erwachsene mit Hochschulabschluss

Der Anteil der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit Hochschulabschluss (ISCED 64, 74, 84) lag im Jahr 2019 bei 23 % (Tab. B5-5web). Dabei wiesen Menschen mit Migrationshintergrund^G im weiteren Sinn mit 22 % zwar insgesamt zu einem ähnlichen Anteil einen Hochschulabschluss auf wie jene ohne Migrationshintergrund (23 %), allerdings unterscheidet sich der Anteil je nach Zuzugsalter. Unterschieden wird zwischen der Geburt in Deutschland, die für ein vollständiges Durchlaufen des deutschen Bildungssystems steht, dem Zuzug im Alter von unter 19 Jahren, der ggf. mit einem teilweisen Besuch des deutschen Bildungssystems einhergeht, und einem Zuzug im Alter von 19 Jahren und älter, bei dem Bildungssysteme im Ausland besucht wurden und eigene Migrationsmotive wie Arbeit, Studium oder Familienzusammenführung eine besondere Rolle spielen.

23 % der Erwachsenen haben einen Hochschulabschluss

Erwachsene, die im Alter von 19 Jahren oder älter zugewandert sind, verfügten zu 25 % über einen Hochschulabschluss (Abb. B5-3, Tab. B5-4web). Dieser wurde zu 80 % im Ausland erworben. Der Rest entfällt auf ausländische Studierende, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erreichten, nachdem sie eine Studienberechtigung im Ausland erworben hatten. Unabhängig davon, ob der Hochschulabschluss im Inland oder im Ausland erworben wurde, verzeichnet Deutschland einen erheblichen „brain gain“. Auffällig ist zudem, dass der Anteil mit Hochschulabschluss bei den Menschen, die im Alter von 19 Jahren und älter zugewandert sind, steigt, je jünger die betrachtete Alterskohorte ist. Während er bei den 60- bis unter 65-Jährigen lediglich 17 % und bei den 45- bis unter 50-Jährigen 19 % betrug, erhöht er sich bei den 30- bis unter 35-Jährigen auf 38 % (Tab. B5-4web).

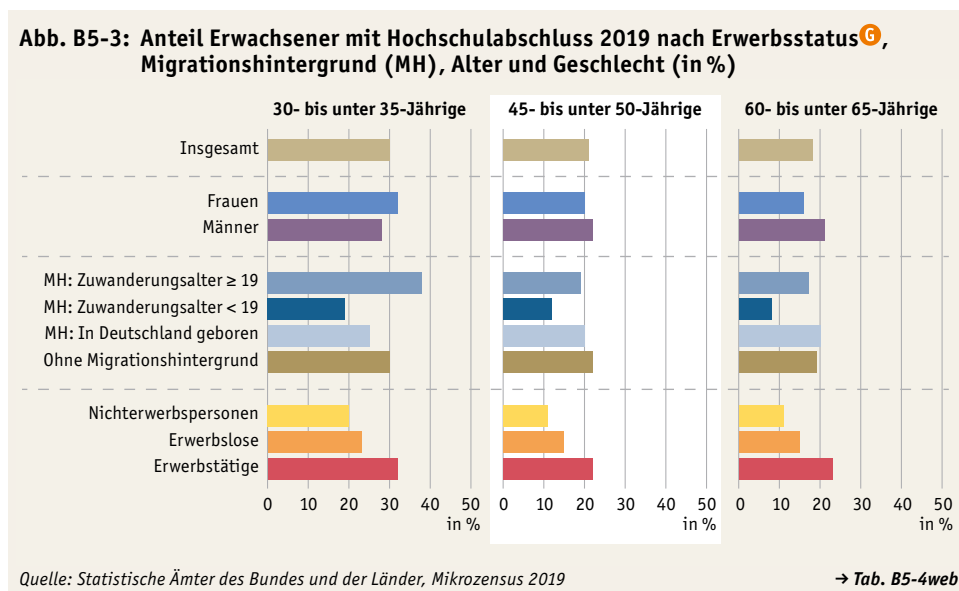
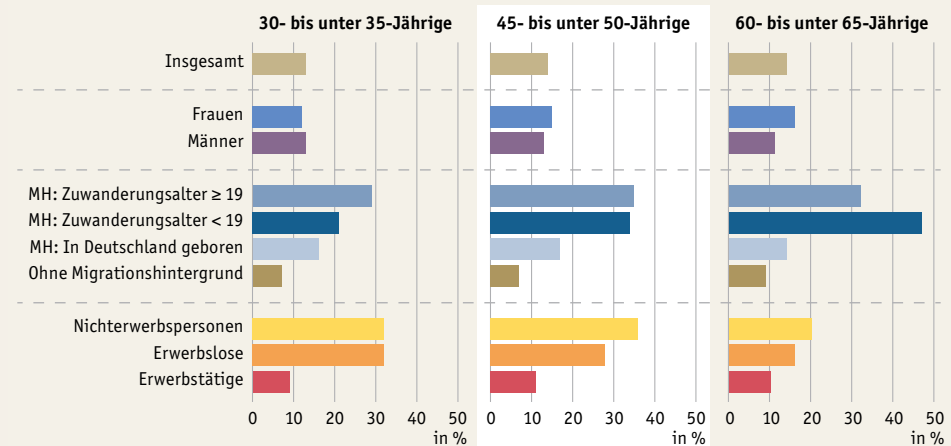


Abb. B5-4: Anteil Erwachsener ohne beruflichen Abschluss und ohne Hochschulreife 2019 nach Erwerbsstatus, Migrationshintergrund (MH), Alter und Geschlecht (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2019

→ Tab. B5-6web

Hingegen lag bei den 25- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden und Bildungseinrichtungen hierzulande besuchten, der Anteil mit Hochschulabschluss bei 22 % auf ähnlichem Niveau wie bei den Menschen ohne Migrationshintergrund (Tab. B5-4web). Mit 14 % rangierte der Anteil mit einem Hochschulabschluss bei denjenigen, die im Alter von unter 19 Jahren zugezogen sind, deutlich darunter. Der Erwerb von Hochschulabschlüssen in Deutschland erweist sich folglich für Menschen mit Migrationshintergrund und Zuzug unter 19 Jahren als schwieriger. Diese Selektion erfolgt allerdings nicht in den Hochschulen, sondern bereits in den vorgelagerten Schulen.

Erwachsene ohne beruflichen Abschluss und Hochschulreife

13 % der Erwachsenen haben weder einen beruflichen Abschluss noch die Hochschulreife

13 % der Erwachsenen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren hatten im Jahr 2019 weder einen beruflichen Bildungsabschluss noch die Hochschulreife (ISCED 1–2). Von jenen befanden sich 13 % nicht in Bildung und 0,3 % noch in Bildung. Der Anteil der Erwachsenen ohne diese Mindestqualifikation variiert je nach betrachtetem soziodemografischen Merkmal (Abb. B5-4, Tab. B5-6web). So verfügen Menschen mit Migrationshintergrund, die im Alter von 19 Jahren oder älter zugezogen sind, mit 32 % deutlich häufiger nicht über einen Berufsabschluss oder eine Hochschulreife als Menschen ohne Migrationshintergrund (8 %). Auch bei jenen 25-bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, weisen 16 % weder einen beruflichen Bildungsabschluss noch die Hochschulreife auf.

Bei den 30- bis unter 35-Jährigen, die erst im Alter von 19 Jahren und älter zugezogen sind, erweist sich der Bildungsstand als besonders polarisiert, da sowohl der Anteil der Menschen ohne beruflichen Abschluss und ohne Hochschulabschluss mit 29 % als auch der Anteil der Menschen mit Hochschulabschluss mit 38 % hoch ist.

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Mit Blick auf den Fachkräftebedarf spielt die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse eine wichtige Rolle. Im Jahr 2020 wurden bundesweit 44.800 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt. Im Vergleich zum Vorjahr (42.500) sind dies 5 % und im Vergleich zum Jahr 2016, zu dem es die ersten vollständigen Daten gibt (26.200), 71 % mehr Anerkennungen (Tab. B5-7web).

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG), das die Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland regelt und beispielsweise beschleunigte Verfahren bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vorsieht, trat am 1. März 2020 in Kraft. Ein dämpfender Corona-Effekt liegt hier nahe, da beispielsweise pandemiebedingte Einreisebeschränkungen die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte erschweren.

Die medizinischen Gesundheitsberufe insgesamt verzeichnen mit 67 % die Mehrheit der Anerkennungen. 15.500 Anerkennungen bezogen sich auf Gesundheits- und Krankenpfleger:innen und weitere 800 auf den neuen Beruf der Pflegefachfrau, des Pflegefachmanns. Im Jahr 2020 liegen mit 28.300 anerkannten Abschlüssen die Anerkennungen eines mittleren Bildungsniveaus (ISCED 3–4) deutlich über den Anerkennungen eines hohen Bildungsabschlusses nach ISCED 5–8 (16.500). Der Anstieg der anerkannten mittleren Abschlüsse von 13.500 Anerkennungen im Jahr 2016 ist dabei deutlich stärker als der Anstieg bei der Anerkennung hoher Abschlüsse (12.800 im Jahr 2016). Die Ausbildungsstaaten mit den häufigsten anerkannten Abschlüssen im Jahr 2020 waren Bosnien und Herzegowina (3.600), Serbien (3.400) und Syrien (3.100).

Die meisten Anerkennungen finden im medizinischen Bereich statt

Bildungsstand im Vergleich der Regionen

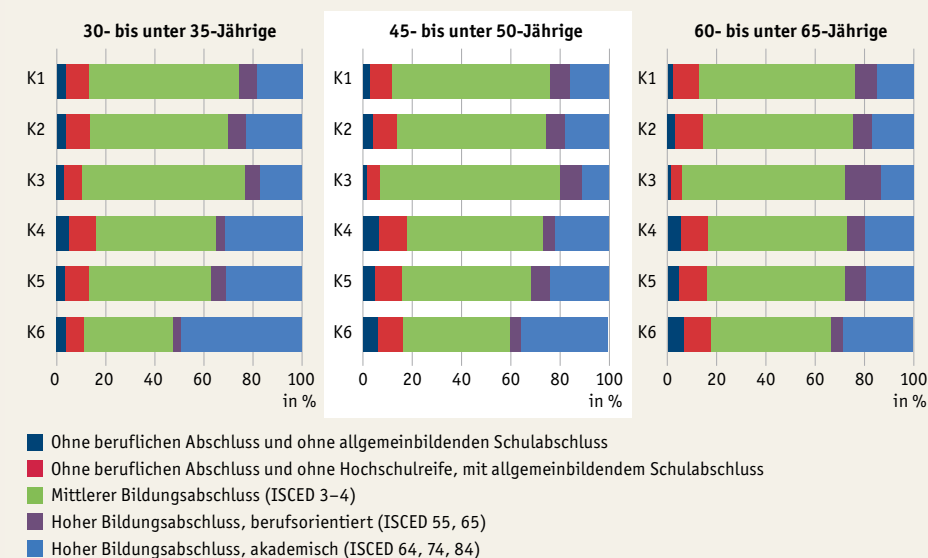
Eine Betrachtung des Bildungsstands der Bevölkerung nach Alterskohorten und Kreistypen, die bereits unter der Angebotsperspektive (B1) eingeführt wurden, zeigt klare regionale Unterschiede auf. Deutlich wird, dass in Großstädten, die oft auch Hochschulstandort sind (Kreistyp 6), der Bildungsstand mit einem Anteil von Hochschulabsolvent:innen von 49 % an den 30- bis unter 35-Jährigen besonders hoch ist (Abb. B5-5, Tab. B5-8web).

Hoher Bildungsstand in Großstädten und großstadtnahen Kreisen

In den überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten (Kreistyp 3) ist eine niedrige Anzahl von Bildungseinrichtungen (B1) zu beobachten. So verwundert es nicht, dass in den überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten auch der Anteil an Hochschulabsolvent:innen bei den 30- bis unter 35-Jährigen mit 17 % am niedrigsten ist. Auffallend ist jedoch, dass dort nicht nur die höchsten Anteile der Erwachsenen mit mittlerem Bildungsabschluss (68 %), sondern

Vorrangig berufsbildende mittlere Abschlüsse in ostdeutschen Kreisen

Abb. B5-5: Bildungsstand der Bevölkerung nach Alter und Kreistypen* 2019 (in %)



* Bei der Typisierung der Kreise werden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen ähnlich sind. Zur Beschreibung der Kreistypen siehe methodische Erläuterungen zu Indikator B1.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. B5-8web

auch die geringste Quote der Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss oder Hochschulreife (8 %) zu finden sind. Dieser Befund gilt nicht nur für die älteren Kohorten, die ihren beruflichen Abschluss in der DDR erwarben, sondern auch für die 30- bis unter 35-Jährigen (**Tab. B5-8web**).

Perspektiven

Demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie historische Zäsuren und deren Auswirkungen, wie Kita-Schließungen, zeitweiser Verzicht auf Präsenzunterricht aufgrund der Corona-Pandemie oder die Zuwanderung infolge des Ukraine-Kriegs, stellen große Anforderungen an die Anpassung des Bildungssystems. Die gestiegene Bildungsbeteiligung im Elementar- und Tertiärbereich ist ein weiterer zentraler Einflussfaktor.

Die Corona-Pandemie hat systemische Schwächen des deutschen Bildungssektors intensiviert und sichtbar gemacht. Hier sind insbesondere die Versäumnisse bei der Digitalisierung der Schulen sowohl im Bereich der IT-Infrastruktur als auch in der Förderung digitaler Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen zu nennen. Besonders belastend war diese Situation für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, deren Familien weder die pädagogische Unterstützung noch die erforderliche IT-Ausstattung bieten konnten. Die nachhaltige Digitalisierung des Bildungssektors wird von einer Verstärkung der Investitionen in die Infrastruktur, in den Ausbau der digitalen Bildungsangebote und der Qualifikation des Bildungspersonals abhängen. Mit Blick auf die aktuelle Situation besteht das Risiko, dass die Bildungsausgaben (**B3**) zugunsten anderer Ressorts wie etwa Gesundheit und Verteidigung zurückfallen.

Die aufgrund des Geburtenanstiegs wieder wachsende Schüler:innenzahl, die sich mittelfristig auf den gesamten Schulbereich ausweiten wird, erfordert eine Umkehr des Abbaus allgemeinbildender und beruflicher Schulen (**B1**). Vor allem in strukturschwächeren Regionen trägt nicht nur ein wohnort-, sondern auch betriebsnahes Bildungsangebot zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bei.

Um einem fortbestehenden Fachkräftemangel am deutschen Arbeitsmarkt zu begegnen, lohnt es sich, neben dem Anwerben qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland auch die Strategie der Höherqualifizierung im deutschen Bildungssystem weiter zu forcieren. Es bietet sich an, die hohe Bildungsbeteiligung im Tertiärbereich sowohl in beruflichen als auch in akademischen Bildungsgängen aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Eine besondere Bedeutung kommt hier auch der Weiterbildung zu. Ein klares Zeichen für eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt stellt die hohe Erwerbsbeteiligung junger Erwachsener dar, die eine Berufsausbildung abge-

schlossen haben. Überlegungen, durch welche Anreize ihre Beteiligung an weiterer formaler Bildung erhöht werden kann, sind dennoch angebracht. Auch die Bildungsbeteiligung der 19- bis unter 25-Jährigen ohne beruflichen Abschluss oder Hochschulreife (**B4**) zeigt großes Potenzial, mehr junge Erwachsene für einen qualifizierten Abschluss, der international als grundlegende Voraussetzung für gelingende Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe gilt, zu gewinnen.

Wo eine frühe Erwerbstätigkeit als lukrativer oder notwendiger als eine Bildungsbeteiligung erachtet wird, stellen häufig finanzielle Zugangsbarrieren Hemmfaktoren dar. Sinkende Förderquoten im Schul- sowie Hochschulbereich (**B3**) unterstreichen die Notwendigkeit einer Reform des BAföG und weiterer Förderinstrumente zur Teilnahme an akademischer wie beruflicher Bildung.

Auch wenn der Bildungsstand der Bevölkerung in den vergangenen 10 Jahren einen Trend zur Höherqualifizierung verzeichnet (**B5**), bleiben signifikante Unterschiede des Bildungsniveaus bei Menschen mit Migrationshintergrund dennoch bestehen. Insbesondere für junge Erwachsene, die im Alter von unter 19 Jahren zugezogen sind, erweist sich der Erwerb von Hochschulabschlüssen in Deutschland als schwieriger. Diese Chancenungleichheit, die ihre Wurzeln bereits in den dem Hochschulbereich vorgelagerten Bildungsphasen hat, bedarf gegensteuernder Maßnahmen. Auch lohnt es, die Erhöhung der Bildungsbeteiligung junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, die bei Zuzug 19 Jahre und älter waren, stärker in den Fokus zu rücken.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Zuwanderung infolge des Ukraine-Kriegs entstehen für die Akteur:innen im Bildungssystem wesentliche Herausforderungen. Für die aus der Ukraine erwarteten Zuwanderinnen und Zuwanderer sind nicht nur Angebote in Kindertagesbetreuung und Schulen, sondern auch im Tertiärbereich notwendig, um durch Bildungsbeteiligung die Integration zu fördern und den Aufbau von Fachkräften zu erhöhen. Auch die Anzahl der Neuanträge zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wird voraussichtlich eine erhebliche Steigerung erfahren und kurzfristige Handlungsbedarfe entstehen lassen.

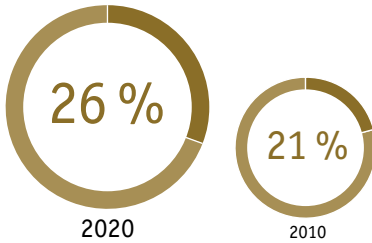
Ein hochwertiges Bildungsangebot erfordert ausreichendes und gut qualifiziertes Personal. Hierauf legt das aktuelle Schwerpunktkapitel **H** den Fokus.

Im Überblick



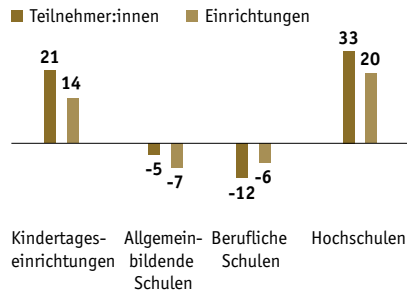
Bildungsstand der Bevölkerung steigt weiterhin

Anteil der Bevölkerung mit hohem Bildungsabschluss (ISCED 5-8)



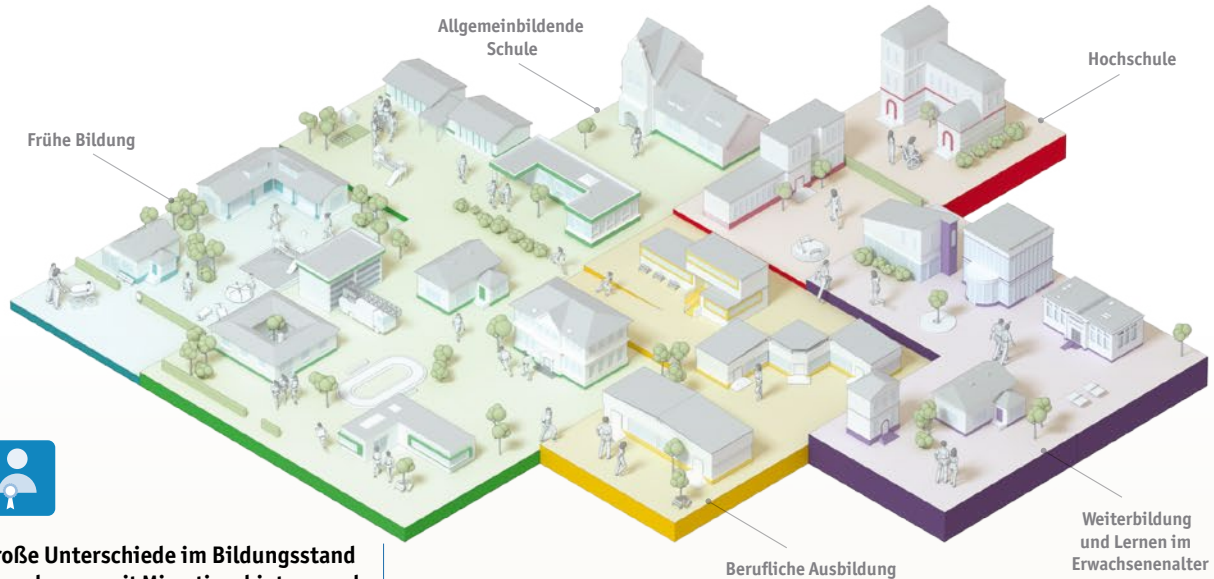
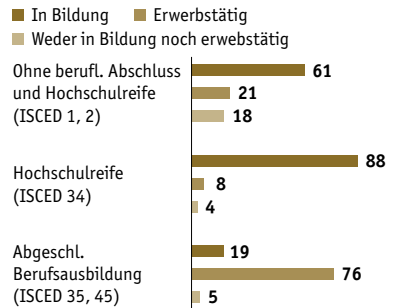
Gestiegene Bildungsbeteiligung und Zunahme der Bildungseinrichtungen im Kita- und Hochschulbereich

Veränderung von 2010 bis 2020 (in %)



Erreichter Bildungsabschluss beeinflusst die Bildungs- und Erwerbsbeteiligung junger Erwachsener

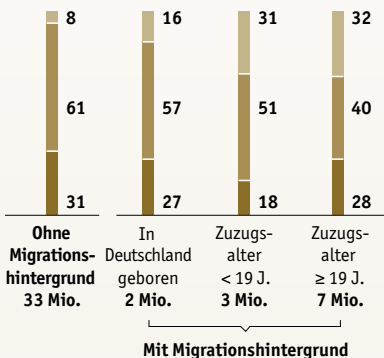
Bildungsbeteiligungsquote der 19 bis unter 25-Jährigen nach erreichtem Abschluss, 1. Quartal 2019 (in %)



Große Unterschiede im Bildungsstand Erwachsener mit Migrationshintergrund, insbesondere nach Zuzugsalter

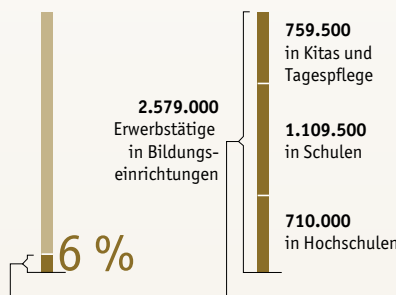
Bevölkerungsanteil im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Bildungsabschluss 2019 (in %)

- Ohne beruflichen Abschluss oder Hochschulreife (ISCED 1-2)
- Mittlerer Abschluss (ISCED 3-4)
- Hoher Bildungsabschluss (ISCED 5-8)



Formale Bildungseinrichtungen wichtiger Beschäftigungssektor am Arbeitsmarkt

Anteil des Personals in formalen Bildungseinrichtungen an allen Erwerbstätigen 2020



Schulen und schulnaher Bereich sind Ausgabenschwerpunkt im Bildungssektor

Bildungsausgaben 2020 nach Aufgabenbereichen

